

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Einlöser; durch die Post 1.20 Mk. unter 42 Pf. Nachgeb. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit bestellter Quellenangabe gestattet.
— Für Rückgabe unersetzlicher Einblendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitig. Illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktinotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Merseburg und näherer Umgebung 10 Pf. Feinste Rügen 25 Pf., ausserhalb von Halle 20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei fernläufiger Sach- entwerdender Anfertigung für Zeitbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachstellungen und Offertenanfragen besondere Verordnungen, nach auswärts mit Vorkaufsende Erfüllungsort Merseburg.
— Anzeigenzeit für grössere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, frühestens Anzeigen bis höchstens 9 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 53.

Freitag den 4. März 1910.

36. Jahrg.

Die Meinungen des Grafen Posadowski

Über die innere Reichspolitik im „März“ sind die Agrarconservativen, wie man aus ihrer Presse erkennt, stark auf die Nerven gefallen. Nachdem die „Deutsche Tageszeitung“ bereits am Montagabend dem Grafen Posadowski einen ernsthaften Häffel erteilt hatte, fährt die „Kreuzzeitung“ jetzt noch grösseres Geschick auf. Sie bedauert es lebhaft, daß sich Graf Posadowski für das „Organ der Simplissimus-Demokratie“ habe „einfinden“ lassen und fährt dann fort: „Und wenn es nur das wäre! Wenn Graf von Posadowski sich nur, wie nehmen an: unbeabsichtigt, zum Köder für dieses Blatt hergegeben hätte! Der Aufsatz des früheren Stellvertreters des Reichsfinanzlers hat aber noch eine ganz andere, doch wohl kaum beabsichtigte Wirkung, nämlich die, dem jetzigen leitenden Staatsmanne Steine in den Weg zu legen, die demokratisch-sozialdemokratische Opposition zu stärken, ja in Süddeutschland und selbst im Ausland gegen Herrn v. Bethmann Hollweg Stimmung zu machen.“

Hierauf zitiert die „Kreuzzeitung“ einige Sätze aus dem Artikel und kritisiert sie folgendermaßen:

„Der Verfasser dieser seltsamen Ausführungen wird aus ihrer Aufnahme in der Presse erkennen, daß er nur bei der alleruntergeordnetsten Opposition der „Pressefresser“ und der Sozialdemokraten Zustimmung findet. Das ist für den früheren Minister und Staatssekretär geradezu vernichtende Kritik. Zugleich hat Graf Posadowski durch verschiedene in Vorstehendem aufgeführte schiefe Behauptungen und durch die Ausnutzung des wiederholt richtig gestellten Ausspruchs des Abgeordneten v. Oldenburg bewiesen, daß ihm zur Beurteilung der jetzigen politischen Lage entweder das nötige zuverlässige Material oder der erforderliche objektive Will fehlt.“

In einem weiteren Artikel stellt auch die „Deutsche Tageszeitung“ fest, daß die Ausführungen des „Herrn Grafen“ unerkennbar gegen den jetzigen Reichsfinanzminister gerichtet sind und erteilt dem Grafen Posadowski nachdrücklich noch folgenden Zuspruch:

„Als wir seinerzeit beim Rücktritt des Grafen von Posadowski bei aller würdigen Anerkennung seiner ungewöhnlichen Verdienste bemerken, daß dieser Rücktritt aus gewissen Gründen notwendig geworden sei, wurden wir vielfach auf der Unbanbarkeit gegen den Grafen gezogen. Auch einige wenige unserer Freunde waren mit uns nicht einverstanden. Sie glaubten, die Verabschiedung des Staatssekretärs unbedingt und tief bedauern sollen. Wir sind überzeugt, daß das Bedauern dieser Herren jetzt nach der neuesten Leistung des Grafen v. Posadowski im „März“ erheblich vermindert werden wird.“

Die „Kreuzzeitung“ möchte nunmehr über den „ungegründeten“ „März“-Artikel zur Tagesordnung übergehen. Das könnte den Herrschaften wohl so passen! Im Gegenteil; der sehr degenerative Artikel — sehr degreiflich, weil er von einem Manne herührt, der seine ganze Lebensarbeit der Kräftigung und der Konsolidierung des Deutschen Reiches gewidmet hat und nun steht, daß weltfremde Theoretiker, geschoben von machthungrigen Egoisten, der Reichsfreundlichkeit Abbruch tun — wird den Junkern und ihren Helfershelfern ebenso wie die Abschiedsrede des Fürsten Billow im „Hamb. Korresp.“ noch recht oft und recht lange vorgehalten werden.

Der Gesamtausschuß des Hanja-Bundes

trat am Dienstag in Berlin unter Vorsitz des Geheimrats Prof. Dr. Rießer und unter Teilnahme von gegen 300 Vertretern von Handel, Gewerbe und Industrie aus allen Teilen Deutschlands zusammen.

Geheimrat Rießer führte in seiner Eröffnungsansprache u. a. aus: Handel, Handwerk und Gewerbe waren lange genug das Versuchskaninchen für die verschiedenen politischen Parteien. Das erwerbstätige

deutsche Volk wollen wir nicht einschläfern, sondern wachrufen. Der Bürgerstolz ist leider in weiten Schichten verloren gegangen. Auch die Angestellten haben ein Interesse, daß der erwerbstätigen Arbeit in Deutschland bessere Ausbildung zuteil wird. Jeder Stand hat in der Verfolgung seiner Interessen eine Grenze, die Rücksicht auf das Gemeinwohl. (Lebh. Beifall.) Es geht nicht an, daß die amtlichen Vertretungen bis zu 8 Monaten auf Antwort warten lassen. Ich glaube, der Landwirtschaftsrat würde vielleicht einen Bescheid bekommen. (Gelehrtheit und Zustimmung.) Das ist ein Zeichen, daß man in unseren Verwaltungskreisen noch keine Ahnung hat, daß der Kaufmannschaft Zeit Geld ist. Das kaufmännische Prinzip, sofort zu antworten, muß auch in die Verwaltungskreise eindringen. Man muß einsehen lernen, daß wir nicht Antworten zu erbitten, sondern zu fordern haben. (Stürmischer Beifall.) Es heißt keine Differenzen mit anderen Ständen erwecken, wenn wir betonen, es sei notwendig, daß der deutsche Kaufmann eine andere Stelle einnimmt als bisher, daß ihm die Stellung eingeräumt wird, die seiner wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. (Lebh. Beifall.) Wir wollen nicht, daß es bevorzugte Stände gibt, sondern wir verlangen, daß jede christliche Arbeit auch den höchsten Platz einnehmen kann. (Lebh. Beifall.) Sodann sagte er: „Wenn die Parteien, die den Hanja-Bund von vornherein bekämpfen, nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Taten die Gleichberechtigung aller Erwerbstätigen durchzuführen wollen, dann müssen sie doch abwarten, was wir leisten werden. Wir sind kein politischer Verein und lassen uns von keiner Verwaltungsbehörde vertreten, etwas zu sein, was wir nicht sein wollen. Wir werden bei den Wahlen unsere wirtschaftlichen Ziele verfolgen und die Parteien, deren Aufgabe es ist, die Wahlen zu machen, wenn sie unsere Richtlinien anerkennen, unterstützen bei der Aufstellung und Durchführung der Kandidaturen.“

Hierauf sprach der Direktor des Bundes Oberbürgermeister A. D. Knohl über: „Die Vertretung von Handel, Gewerbe und Industrie in den Parlamenten und Selbstverwaltungsorganen Deutschlands.“ Die Statistik zeige, wie unzulänglich die Vertretung der erwerbstätigen Stände durch Angehörige aus ihren Reihen sei. Im preussischen Herrenhause seien von 325 Mitgliedern 9 Vertreter von Handel und Industrie, also 2 8 Proz., im preussischen Abgeordnetenhaus 43 Vertreter oder 10 Proz. In der bayerischen Ersten Kammer seien sie gar nicht vertreten, in der Zweiten Kammer mit 29 von 163 gleich 17,8 Proz., in Württemberg in der Ersten Kammer 2, in der Zweiten Kammer 16 von 63 gleich 27 Proz. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Sachsen, wo in der Ersten Kammer 5 von 49, in der Zweiten Kammer 30 von 91 gleich 37,7 Proz. Vertreter von Handel und Industrie sind. Es sei allerdings richtig, daß eine Anzahl Parteien, in denen diese Vertreter zerstreut vorhanden sind, auch die Interessen der bürgerlichen Stände wahrnehmen. Aber man müsse sich doch fragen, weshalb die Arbeiter und die Landwirte in Massen ihre eigenen Vertreter wählen. Das geschehe in der Erkenntnis, daß diese am besten wissen, wo sie der Schutz drückt. Auch hier müsse Wandel geschaffen werden. Redner beehrte dann eingehend die Verhältnisse in den Kreis- und Kommunalvertretungen, in denen im Gegensatz zur Landwirtschaft Industrie und Gewerbe auch keine ausreichende Vertretung haben.

— Im Anschluß an diese Ausführungen, über die eine Diskussion nicht stattfand, bemerkte Geheimrat Rießer noch: Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte am vorigen Montag ist besonders hervorgehoben worden, daß der Bund im letzten Jahre 3000 Mitglieder neu gewonnen habe. Wir sind in der Lage darauf hinzuweisen, daß der Hanja-Bund in den letzten Tagen eine große Anzahl neuer Mitglieder gewonnen hat, an einem Tage nicht weniger als 1300. (Stürm. Beifall.)

Sodann sprach Direktor Knohl über: Mittelstandsfragen und Hanja-Bund. Er hob

hervor, daß die deutsche Gesetzgebung, namentlich die Zoll- und Handelspolitik, geradezu hypnotisch auf die Interessen der agrarischen Kreise zugeschnitten sei. Am schwersten habe das die Fertigwarenindustrie am eigenen Leibe erfahren müssen. Die Gesetzgebung habe nicht zur Förderung des bürgerlichen Erwerbslebens, sondern zu dessen Hemmung geführt. Darunter leiden natürlich am schwersten die Mittelschichten. Es sei unklar, daß die Wirtschaftspolitik, die der Bund der Landwirte verstanden hat zurückzugehen, eine mittelstandsfeindliche sei. (Lebhafte Zustimmung.) Es sei nur daran erinnert, wie viel Grüntagen zugunsten gehen durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen (sehr wahr!), weiter, wie Staats- und Kommunalsteuer, Lebensmittelverwertung und damit in Verbindung die Erhöhung der Löhne die wirtschaftliche Existenz des Mittelstandes bedrohen und herabdrücken. Und wohin hat die Zoll- und Handelspolitik die Geschäftsaussichten des Mittelstandes geführt? In meiner früheren Stellung hatte ich Gelegenheit, interessante Beobachtungen zu machen. Was werden heute die Söhne des Mittelstandes? Sie werden Lehrer, Beamte, Soldaten, aber selten denken sie daran, ein kleines Geschäft zu begründen. (Lebhafte Zustimmung.) Es war daher ein sehr wichtiger Beschluß des Hanja-Bundes, daß er die Förderung dieser Kreise in den Vordergrund seiner Aufgabe stellte, und ich weise darauf hin, daß in dem Gesamtausschuß 55 Detaillisten und 75 Handwerker sind. Der Vortragende besprach dann weiter die einzelnen Maßnahmen, die der Hanja-Bund zum Nutzen des Mittelstandes und Kleingewerbes ergriffen hat. Er wies auf die Belebung der Buchforderungen, die Bemühungen und Neuregelung des Submissionswesens hin, plädierte für Einschränkung der Beamten Konsumvereine und betonte, daß es überhaupt viele Fragen des öffentlichen Lebens gibt, in denen die Angehörigen des Hanja-Bundes gemeinsam arbeiten können und bei denen die Parteipolitik zurücktritt.

Nunmehr hielt der zweite Präsident des Hanja-Bundes, Ehrenobermeister Rich. Berlin, die Schlußrede. Als Mittelstandsman und Vertreter des Handwerks müsse er Protest erheben, daß man von gegenwärtiger Seite dem Handwerk nachschäbe, daß es sich im Hanja-Bund nur als Dekorationsstück benutzen lasse. Diese niedrige Einschätzung des Handwerkerstandes müsse mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Wer das tue, weise nicht den deutschen Handwerker. (Stürmischer Beifall.) Der Hanja-Bund wolle eine Annäherung der drei Erwerbsstände auf einer Mittellinie sein und er habe pflichtgemäß bereits nach dieser Richtung hin gearbeitet. Redner schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den Hanja-Bund.

Stadtrat H. H. H. Karlsruhe reate an, als Gegenstück zur Generalversammlung des Bundes der Landwirte einen Hanja-tag einzuberufen. Er sei überzeugt, daß der Hanja-Bund nicht nur den Zirkus Busch, sondern auch den Zirkus Schumann füllen werde. Vom Bund der Landwirte müssen wir lernen, daß es notwendig ist, zu schreiben, um gehört zu werden. Und wenn wir unter einem so bewährten Führer wie Geheimrat Rießer tagen, so wird das ein gewaltiger Eindruck in der Öffentlichkeit machen. (Lebhafte Zustimmung.) — Geheimrat Rießer erklärte, daß man die Frage der Abhaltung eines Hanjatages, die schon in Lübeck angeregt worden sei, zu gegebener Zeit in Erwägung ziehen werde. — Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Zu der Erhöhung des französischen Zolltarifs

Schreibt man: Wenn auch die Kommission des Senats, der der Entwurf gegenwärtig vorliegt, einige nicht unwesentliche Herabsetzungen der in der Deputiertenkammer vorgekommenen Zollerhöhungen beschlossen hat, so sind doch damit bei weitem nicht die Sorgen beseitigt, die sich für unsere Industrie an die französische Zollrevision knüpfen. Denn einmal geht der Entwurf nochmals an die Deputiertenkammer zurück, deren schätzvoller Mehrheit ohne Rücksicht auf

die Exportinteressen des französischen Weinbaus, der Champagnerfabrikanten und der Gemüß- und Blumenzucht die enormen Zollhöchungen beschlossen hat. Allerdings sind auch diese Kreise in der letzten Zeit sehr deutlich zu Wort gekommen, da sie erkannt haben, welche Interessen für sie auf dem Spiel stehen, wenn Deutschland von seinem Recht auf Repressalien in Form von Zollschranken auf sehr wichtige Artikel der französischen Ausfuhr Gebrauch macht. Es ist daher wohl immer möglich, daß die im Senat erreichten Zugeständnisse in bezug auf Spielwaren und Bier auch in der Deputiertenkammer eine Mehrheit finden. Aber damit ist von den Schätzungen unserer Ausfuhr auch nur ein kleiner Bruchteil befreit. Bei anderen wichtigen Artikeln, von denen vor allem Hopfen, Samen, Draht, Papier, Stoffhandschuhe, Glaswaren, Solomotoren und andere Maschinen, sowie Instrumente zu nennen sind, hat man bisher noch nichts von einer Ermäßigung der außerordentlichen Zollhöchungen gehört. Nach den im Reichstage kundgegebenen Ansichten unserer Reichsregierung wird man allerdings annehmen dürfen, daß man in Frankreich sich über die Folgen dieser in erster Linie gegen Deutschland gerichteten Tarifarresten klar sein wird.

Zur Wahlrechtsbewegung.

Die sozialdemokratische Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel, die in Berlin und zwar im Treptower Park, abgehalten werden sollte, ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. Der Minister des Innern hat dieses Verbot bestätigt.

Wie der „Vorn“ berichtet, hatte Oberbürgermeister Krieger den Sozialdemokraten vorübergehend die Zutrittserlaubnis zum Treptower Park, als einer öffentlichen Versammlung für die Stadt Berlin, der Wahlrechtsversammlung, zu gewähren. Die öffentliche Wahlrechtsversammlung war zur Verfügung gestellt. Auch die Errichtung einer Reihe Redebühnen wurde genehmigt. Der Polizeipräsident aber legte die Genehmigung ab. In einem schriftlichen Bescheide begründet er die Ablehnung folgendermaßen: „Am 12. Februar d. J. haben 100000 — nach Schätzung des „Vorn“ 200000 — Menschen in Berlin auf öffentlichen Straßen Anträge gestellt. Für diese war eine Genehmigung der Polizeibehörde nicht nachgesucht, also auch nicht erteilt. Folglich handelte es sich um ein Verstoß gegen die geltende Verordnung. Jetzt würde es sich um ein Verstoß gegen die gleichen Bestimmungen handeln. Da diese Bestimmungen haben, daß die Festmahlfeier nicht erteilt, wäre die Behörde für die öffentliche Versammlung zu befehlen. — Bekanntlich vom 19. April 1908, Reichsgesetzblatt Seite 151, § 7. — Der Minister des Innern, der nunmehr angegangen wurde, erklärte, er könne sich nicht in die örtlichen Angelegenheiten des Polizeipräsidenten mischen, da er die lokalen Verhältnisse nicht übersehen könne, und falls er den Polizeipräsidenten beruhoere, damit eine Verantwortlichkeit übernehme, die er nicht zu übernehmen vermöge. Daher könnten die sozialdemokratischen Führer wohl für ihre Partei für die organisierten Parteigenossen einstehen, nicht aber für den Landbau, der sich so oft bei solchen Kundgebungen einfindet.

Der „Vorn“ droht damit, daß die Sozialdemokraten, da sie die politische Erlaubnis nicht erhalten hätten, ohne eine solche im Treptower Park demonstrieren würden. Er schreibt: Das Verbot wird lediglich bewirkt, daß das von der Junkerei schon längst entrechtete Volk sich sagt: „Trotz alledem! Wird uns diese Art der Massenkundgebung für unser politisches Recht verboten, so protestieren wir auf andere Weise, die uns die Berliner Polizei nicht zu verbieten vermag und gegen die es keine beherrschenden Gesetzesparagrafen gibt! Die Möglichkeiten, andere Formen der Massenkundgebung zu wählen, gibt es noch so viele. Wie kann z. B. die Berliner Polizei verhindern, daß sich Hunderttausende von Wahlrechtsfreunden im Treptower Park zu einem friedlichen Spaziergang einfinden? Will sie solche friedlichen Spaziergänger durch Polizeieintaten auf einem zur Erholung bestimmten Vergnügungspark vertrieben und dadurch noch mehr den blutigen Hohn des ganzen gebildeten Bürgertums heraufbeschwören, das ohnehin über die preussischen Polizeiverhältnisse laßt?

In Stadt- und Landkreise Hagen i. W. sind sämtliche für nächsten Sonntag angelegte Volksversammlungen unter freiem Himmel, die sich mit der Wahlrechtsfrage befassen sollten, von der Polizei verboten worden. Das Verbot wurde damit begründet, daß im Hinblick auf die jetzt unruhige Zeit Ausschreitungen zu befürchten seien. Falls diesem Verbot nicht nachgegeben würde, würden auch sämtliche Volksversammlungen verboten werden.

Der Zweigverein in Horn von Hanza-Bund beschickte sich kürzlich in seiner Vorstandssitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dietrich mit der Kundgebung des Direktoriums zur Wahlrechtsfrage und sagte nach längerer Aussprache, der „Hornener Zeitung“ zufolge, nachstehende Entschlüsse: „Der Zweigverein in Horn des Hanza-Bundes pflichtet der Kundgebung des Direktoriums insofern bei, als diese eine Privilegierung bestimmter Wahlklassen verurteilt und die Notwendigkeit der Neueinteilung der Wahlkreise betont. Er bedauert jedoch die Stellungnahme des Direktoriums zur geheimen und direkten Wahl und

spricht den Wunsch aus, daß eine Beschlusssatzung über den wichtigen Fragen im Gesamtschluß erfolgt. Der Zweigverein in Horn des Hanza-Bundes hält im Interesse der wirtschaftlichen Freiheit von Gewerbe, Handel und Industrie die direkte und geheime Wahl für unbedingt erforderlich.“

Die Frage, ob ein Generalfreistraf zur Erziehung des Reichstagswahlrechts für Preußen in Szene gesetzt werden soll, hat, wie vor kurzem gemeldet wurde, die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Instanzen beschäftigt. Es hieß damals, daß die Verwirklichung des Generalfreistraf an dem Widerstand der Generalfreistraf geführt sei. Neuerdings berichtet die „Schl.-Jg.“ aus Berlin: Die bayerischen, sächsischen und württembergischen Sozialdemokraten hätten sich dahin ausgesprochen, daß für die Erziehung eines preussischen Wahlrechts absolut keine Stimmung für einen Generalfreistraf resp. Solidarisitätsfreistraf wäre.

Tauscht die Privilegierung wieder aus der Versenkung auf? Die freikonservative „Post“ schreibt: Zwischen konservativen, freikonsernativen und national liberalen Mitgliedern der Wahlrechtskommission finden Versprechungen statt zu dem Zweck, eine Verständigung über die Ausfüllung der Lücke herbeizuführen, welche durch die Ablehnung der §§ 8 bis 10 (Kulturträger) der Vorlage entstanden ist. Wie in derselben Angelegenheit die „Magdb. Jg.“ mitteilt, hat man sich in den Versprechungen bemüht, eine Form zu finden, um Ehrenamt, öffentliches Vertrauen und Bildung als Merkmale zu verwenden. Zur Grundlage macht man Ehrenamt und öffentliches Vertrauen. Zu einem festen Ergebnis haben die Versprechungen bisher noch nicht geführt.

Politische Übersicht.

Osterreich-Ungarn. Zur österreichisch-russischen Annäherung hat eine französische Nachrichtenagentur die Meldung verbreitet, daß Kaiser Wilhelm durch einen persönlichen Besuch in den Jahren für die Einleitung der österreichisch-russischen Verhandlungen eingetreten sei. Diese Meldung ist, nach Angabe deutscher Offiziere, völlig unzutreffend. Der erste Anlauf zum Beginn von Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg war darin gegeben, daß ein russischer Hofe die übergelassene Vermählung österreichischer Götter auf der Fahrt nach Moscow unangenehm empfanden und nicht als gut empfunden werden wollten. Das war der Vorwand für die russischen Verhandlungen, die er selbst vorher abgelehnt hatte, wieder anzunehmen. Graf Berchtold folgte im Einverständnis seiner Regierung der damaligen Aufforderung. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde sich am Dienstag im weiteren Verlauf der Sitzung Finanzminister von Schmerling, daß von Österreichern gesprochen werde. Die Regierung sei ohne Zutun der Deutschen ins Leben gerufen worden. Die Deutschen hätten die Regierung auch nur dort unterstützt, wo sie es schließlich für berechtigt erachtet hätten. Insbesondere durch die Ereignisse der letzten Zeit seien die Deutschen von der Regierung noch mehr entfernt. Die Zusammenkünfte von deutschen Parteilagen Grundzüge zusammenzufassen. Der sächsische Abgeordnete Baga tritterte das gegenwärtige Regierungssystem. Die Befreiung des jehigen slawenfeindlichen Regimes sei das Lösungswort aller slawischen Parteilagen. Es gebe nicht an, daß im Laufe des allgemeinen Wahlrechts die Weisheit der Ministerialrat von Bismarck geliebt werde, während die Slawen sich in entschiedener Winbertigkeit befinden. Hieraus wurde die Etatsberatung abgebrochen. Das Haus verhandelte dann über Dringlichkeitsanträge. Am Mittwoch hielt Ministerpräsident von Bismarck zum so und so vielen Male eine schöne Programmvortrede, in der er zur Zurückstellung der nationalen Interessen um zu anderer Interessen der Reichstag“ verständlich über die Reichstag“ erklärte. Dabei wußte er auch, was die Schlüssigkeit der Rede im Sinn jener Programmvortrede. — Die deutsch-freiwirtschaftlichen Abgeordneten führten beim Ministerpräsidenten Bismarck lebhaft Beschwerde wegen der Wahlregelungen, die der Unterministerialrat Steingard den Ministerialrat zu Liebe in den Abendstunden vorgelegt. Der Finanzminister von Schmerling hatte das Unterministerialrat drohend damit, daß sie wegen das Unterministerialrat stimmen werden, wenn nicht Abhilfe geschaffen würde.

Italien. In der Deputiertenkammer gab der Schatzminister Salanara am Mittwoch ein Erfolge über die finanzielle Lage Italiens und über die Aussichten der Regierung für das laufende und für das kommende Finanzjahr. Aus dem Budget für 1908/09 habe sich ein tafelförmiger Überschuß von 24 Millionen ergeben, und für das Jahr 1909/10 sei ein solcher von 30 Millionen zu erwarten, obwohl es notwendig gewesen sei, im Laufe beider Jahre Nachtragsetats von 91 Millionen einzubringen. Mit diesen Überschüssen und mit denen, die man für die nächsten Jahre zu erwarten habe, werde man auf einen Überschuß von 6 bis 8 Milliarden im Jahre 1908 verurteilt habe, deren können, Ausgaben, die die Regierung gemacht habe, ohne zu neuen Kreditforderungen ihre Zukunft zu nehmen. Für das Finanzjahr 1910/11 werde man neue wichtige Kredite für öffentliche Arbeiten, für das Heer (15 Millionen), für die von der Regierung vorgelebten Ausgaben für Volkshauswirtschaft und Volkshauswirtschaft in Betracht ziehen. Demnach könne man auf einen Überschuß von 6 bis 8 Milliarden rechnen. Die finanzielle Lage Italiens sei demnach sehr günstig. Ebenso sei die Lage des Schatzes zum ersten Male, seit es überhaupt italienische Finanzen gäbe, ausgeglichen zu nennen. Es gelte nun, diese Finanzlage zu bewahren

und zu verteidigen. Ein ernstes Problem liege der Fälligkeit der öffentlichen Anleihen bayerischer Staatsschuld. Am 1. Juli 1911. Es müsse dafür eine Deckung im Betrage von 330 Millionen vorgehalten werden. Die Regierung hätte sich die hierzu notwendigen Mittel durch die Ausgabe von 3 1/2 Prozentigen Schuldbitteln auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1908 verschaffen können, aber die Erfahrung habe gezeigt, daß diese Papiere beim Publikum nicht beliebt sind. Es sei daher zu dem Entschluß gelangt, lieber 3/4 amortisierbare Schuldbitteln mit kleineren Zinsen bis 100 Proz. auszugeben, und zwar in den durch das Gesetz von 1908 festgesetzten Grenzen. Die Erhaltung einer soliden Finanzverwaltung werde künftig in Italien als ein Grundgesetz der Staatspolitik gelten, der durch Parteigruppierungen nicht beeinträchtigt werden könne; aber ohne Zweifel müsse man sich einer Ausgabe von 330 Millionen unterwerfen aufsetzen. Der Schatzminister schloß mit Worten ruhmvoller Anerkennung für die innere Kraft Italiens und forderte die Kammer auf, diesem wahrhaft patriotischen Werke ihren Beistand zu leihen. — Das Exposé machte in dem dicht bestanden Hause einen ausgezeichneten Eindruck.

Frankreich. Präsident Fallières reiste am Dienstag nachmittag dem russischen Hofschatzkanzler Fürsten von Rasolow aus Anlass des Ablebens von dessen Sohn, des Grafen Alfred Rasolow, einen Bekundbesuch ab und gab in herzlichsten Worten seiner Teilnahme Ausdruck. — Der frühere französische Ministerpräsident Develle (aktuell) ist zum Senator im Pas-De-Departement ernannt worden. — Die Deputiertenkammer nahm am Dienstag in fortgesetzter Beratung des Finanzgesetzes eine Abstimmung an, durch die der Ministerpräsident ermächtigt wird, jedes Jahr hundertfünfzigtausend an die Disposition zu stellen, um so eine Verkleinerung des Offizierskorps zu erzielen. Die Kammer nahm ferner den Gesetzesentwurf an, welcher die Bank von Frankreich ermächtigt, den überschuldeten unrentablen Darlehen bis zum Gesamtbetrage von 100 Millionen Francs auf fünf Jahre zu gemähren. — Die Ministerkonferenz in der Deputiertenkammer hat das Fortsetzungprogramm der Regierung gebilligt. Die Kommission istung vor, daß die sieben neu zu erwerbenden Panzergeschiffe, die bis zum 1. Januar 1915 vollendet werden müssen, nach den vom Minister bezeichneten Typen hergestellt werden sollten. Der Minister solle weiterhin ermächtigt werden, im Jahre die Bestimmungen in den Angelegenheiten der Panzer zu legen, und Anfang 1911 zwei weitere von der Reichsanstalt zu erwerbende Panzer im Auftrag zu geben. — Der Senat hat den von der Kammer bereits genehmigten Gesetzesentwurf, betreffend die Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses mit einigen Veränderungen angenommen. In dem Entwurf handelt es sich vor allem um die Einfügung von schwebend förmigen die Stimmzettel. — Weiterhin ist ein Gesetz auszubringen, betreffend die Einführung der Regierung, 50 Mann der Pariser Republikanischen Garde nach Pointe à Pitre zu entsenden. Aus Pointe à Pitre wird gemeldet, daß am Dienstag abermals ein Faltorei geflochten wurde. Hundert der Reuter gegen nach Pässe, was eine große Angst unter der Bevölkerung verursachte. Truppen sind entsandt, um die Reuter zu jagen.

England. Das bulgarische Königs Paar wurde am Dienstag in Zarstze zum Kaiser und der Kaiserin empfangen und zum Tee geladen. Der Kaiser überreichte dem König sein Porträt für den Prinzen Boris. Die Anwesenheit des Königs von Serbien in Petersburg wurde am 21. und dem 27. d. Wts. erwartet. Die Anwesenheit in parlamentarisches werden nicht man, die „Waffen“ aus London werden. Die Spannung der politischen Lage als Ergebnis der Vorzüge des Monats an. Man glaubt allgemein, daß, wenn nicht unüberlegene Schwierigkeiten eintreten, vor Schluß der Beratungen eine neue Krise nicht zu befürchten ist. Die Einbringung der auf das Oberhaus bezüglichen Gesetze wird für den 26. März erwartet. Die Beratung dürfte etwa einen Monat in Anspruch nehmen. Zu einer Krise könnte es also normaler Weise frühestens Ende April kommen. In liberalen Kreisen ist man voller Hoffnung, daß das Budget Lloyd Georges schließlich Annahme finden wird. — Die erste Nachwahl zum Unterhaus. Der kürzlich ernannte Junior Lord des Schatzes Wenn ist in London. Die am 19. Februar im liberalen gegen 1090 konservativen Stimmen, die auf Simmons fielen, wiedergeblich worden. Bei den allgemeinen Wahlen hatte die liberale Mehrheit 494 Stimmen betragen.

Türkei. Vom Staatsgerichtshof der ersten Instanz wurden sämtliche Beamte des türkischen Postamtes in Beirut schuldig befunden, Viebstahl an demselben zu haben. Der Postminister hat die Postbeamten und den Wabnt Doman haben allein 384000 Pfunde. Verurteilt wurde, eine Geldstrafe zu zahlen zur Erhaltung des gehohlenen Geldes.

Serbien. Der Minister des Äußeren Dr. Milovanowitsch ist nach Konstantinopel abgereist.

Griechenland. Dokumente über eine revolutionäre Organisation in Griechenland, die angeblich seit dem von dem türkischen Wabnt „Tanin“ veröffentlicht. — Der Marineelementar Typals, der mit den meistenten Marinemannschaften im vorigen Oktober das Arsenal von Salamis besetzte, ist, nachdem er und seine Genossen begnadigt worden sind, in das Ausland abgereist.

China. Der russische Gesandte in Peking erklärte in Baginow, die russische Regierung könne sich nicht teilnehmend dazu verhalten, daß der Dalai-Lama, das geistliche Oberhaupt vieler russischer Buddhisten, abgesetzt würde. Die chinesischen Minister erwiderten, diese Wahlregel werde die innere Ordnung Tibets und die Samaritanen nicht berühren. — Der Dalai Lama ist am Dienstag nachmittag mit großem Beifall in Darjiling angekommen.

Veramerika. Zur Verstärkung der amerikanischen Marine hat die Marinekommission des Kongresses die Bau von zwei U-Booten, einem Reparaturschiff, zwei Zerstörern und vier Unterseebooten zugestimmt.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Gestern morgen unternahm der Kaiser und die Kaiserin den gewöhnlichen Spaziergang. Der Kaiser sprach nachher beim Reichskanzler vor. — Das Kaiserpaar hat seine Teilnahme an der Sechshundertjahrfeier der Stadt Stolp i. P. am 6. und 7. September zugesagt.

(Die Italienreise des Reichskanzlers) ist, wie die „Tagl. Rundschau“ von unrichtiger Seite erzählt, nimmermehr endgültig auf das letzte Drittel des März angelegt worden. Herr v. Bethmann Hollweg wird sich etwa zwei Wochen in Italien aufhalten, und an den offiziellen Besuch in Rom wird sich dann eine kurze Erholungsreise anschließen.

(Personalien.) Zum Staatssekretär von Leipzig ist jetzt der Kapitän a. S. Vöbdeker zur Dienstleistung kommandiert. Die Arbeit, die auf den Schultern des Staatssekretärs liegt, ist ganz gewaltig; darum ist es notwendig, daß ihm Hilfe zuteil wurde. Kapitän Vöbdeker ist kurze Zeit Chef des Stabes des Kreuzgeschwaders in Ostafrika gewesen, hat vorher dem Admiralstab der Marine angehört, bei den Flotten- und Nachrichtenbureau ausgezeichnet und als Kommandant von „Stettin“ den Kaiser 1908 auf der Nordlandreise begleitet. Zweifellos wird er auch in der neuen Stellung sich hervorragend bewähren. Auch dem Großadmiral Prinzen Erich ist zur Dienstleistung ein hervorragender Marineoffizier beigegeben und zwar in der Person des Korvettenkapitäns Köhler vom Admiralstab der Marine.

(Ein Geschenk des Kaisers.) Der Kaiser hat durch den preussischen Gesandten in Hamburg Grafen Goezen dem Bürgermeister Dr. Burchard aus Anlaß von dessen fünfundsünfzigjährigem Jubiläum als Senator sein Bild mit den besten Glückwünschen überreichen lassen. Ferner fandte der Kaiser folgendes Glückwunschkommuniqué: „Im Magnifizenz spreche ich zum heutigen Tage, an dem Sie vor 25 Jahren Ihre von so reichem Erfolge gekrönte Tätigkeit als Mitglied des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg begonnen haben, herzlichste Glückwünsche aus. Möge es Ihnen noch lange vergönnt sein, Ihre Kräfte dem Wohle des Reiches und Ihres Heimatstaates zu widmen. Wilhelm I. R.“

(Eine neue Aufmerksamkeitsleistung Kaiser Wilhelm gegenüber Frankreich.) Pariser Zeitungen erzählen, daß ein vor Jahren durch Kauf in den Besitz der Berliner Hofsammlung gelangtes Bildwerk aus dem verfallenen südfrensischen Schloß Montal dem Besizer der Ruine einem französischen Großindustriellen,

der das Schloß wiederherstellen läßt, im Auftrage Kaiser Wilhelms zurückgestattet wurde.

(Das Obergkreuz.) Auf den vor einigen Tagen durch das Kaiserpaar beschickten, für die Obergkreuzstiftung als Geschenk bestimmten Bronzestatuen des Kaisers und der Kaiserin, sind beide Fürlichkeiten mit dem Obergkreuz geschmückt dargestellt. Dieses Obergkreuz, das die Form des alten Jerusalemkreuzes mit aufgelegtem weissen Johanniterkreuz hat, wird mit kaiserlicher Genehmigung durch den nach Jerusalem abgeordneten Herrenmeister des Johanniterordens, Prinzen Citel Friedrich an diejenigen Männer und Frauen verliehen werden, die sich um die genannte Stiftung besonders verdient gemacht haben. Die beiden ersten Kreuze hat der Herrenmeister dem Kaiserpaar am vergangenen Weihnachtabend überreicht.

(Für eine deutsch-französische Verständigung) wird bekanntlich mit unablässigen Bemühungen der Senator Baron d'Estournelles de Constant, der am 28. April v. J. auf Einladung des Zentralkomitees für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich im Herrenhaus zu Berlin einen Vortrag gehalten hat. Unter dem Titel „Die deutsch-französische Annäherung“ von Baron d'Estournelles de Constant ist dieser Vortrag jetzt gedruckt in der Verlage von Georg Stille, Berlin, erschienen. (Preis 1,50 M.) Beigegeben ist ein Bild des Barons, und eingeleitet wird der Vortrag durch ein Vorwort des Geh. Rats Professor Bohn. Dieser hat bekanntlich Deutschland auf der Haager Konferenz vertreten und dort den französischen Friedensfreund kennen gelernt, dessen Bestrebungen er volle Gerechtigkeit widerfahren läßt.

(Die Verordnung über die Reisekosten der Reichsbeamten), die dem Bundesrat zugegangen ist, wird, wie man uns schreibt, nicht eher beraten werden, als bis das dem preussischen Landtag vorgelegte entsprechende Gesetz für die Reisekosten der Staatsbeamten verabschiedet ist. Denn der Grundlag, daß alle Beamten in Reich und Preußen gleichmäßig geregelt werden, wird naturgemäß auch hier

zur Anwendung kommen. Der Budgetkommission des Reichstags ist eine Zusammenstellung der auf die einzelnen Ressorts entfallenden Reise- und Umzugskosten vorgelegt, nach der sich diese Ausgaben auf insgesamt 16 607 425 Mark belaufen. Davon entfallen rund 7 Millionen auf Zagegelder, 5 1/2 Millionen auf Fahrtkosten und fast 4 Millionen auf Umzugskosten. In diesen Summen sind beteiligt die Bundesverwaltung mit 8 7 Millionen, die Reichspost mit fast 5 Millionen, die Marine mit 850 000 Mark und das Auswärtige Amt mit 840 000 Mark. Für Preußen haben die Reisekosten der Beamten bekanntlich eine Höhe von 25 Millionen Mark erreicht. Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf entspricht in allen Teilen den Grundgedanken der preussischen Vorlage. Er steht auf dem Standpunkt, daß das Prinzip, bei den Reisekosten nur die baren Ausgaben zu erfassen, allen Mißbräuchen vorzubeugen, dabei aber den Beamten alle gerechtfertigten Ansprüche zu erfüllen.

(Die konservative Steuerpolitik) hat der konservative Abg. Pauli-Potesdam füglich in einer Verammlung zu Ehorn recht hübsch gekennzeichnet. Er meinte nach der „Thorner Post.“: „Weslich und Zusätzliche Steuern (sich überhaupt nicht zu empfehlen, da sie wenig einträglich sind. Sie tragen dadurch, daß sie auf's Tapet kommen und abgelehnt werden, nur zur Verkärgerung des Volkes bei. Wenn eine Verkärgerung des Volkes notwendig ist, so muß sie auch schon lohnen. Darum sind die Steuern die besten, die das ganze Volk treffen.“ Die Konservativen haben stets so viel Wesens von ihren „Beizsteuern“ gemacht, worauf ihnen längst nachgewiesen worden ist, daß es sich dabei gar nicht um Besitz, sondern um Verbrauchssteuern handle. Jetzt erfährt man aus dem Munde eines konservativen Abgeordneten, daß es den Herren überhaupt nicht um Beizsteuern zu tun gewesen ist.

(Kaiserliche Marine.) Die Marine-schule wird nach einer Verordnung des Reichsmarineamts im Laufe des September 1910 von Kiel nach Mörwid verlegt. Die Inbetriebnahme der neuen Schule erfolgt am 1. Oktober 1910.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.

Mittwoch vormittag 1/10 Uhr starb nach langem Leiden unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, der Arbeiter

Friedrich Schenck

im 78. Lebensjahre. Um stillen Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonnabend nach mittags 8 Uhr von Breite Str. 14 aus statt.

Dank

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühltesten Dank. Merseburg, den 3. März 1910.

Die trauernde Familie Hübner

Jam 1. April d. J. wird in unserem Grundstück Obere Breite Straße 4 die Wohnräume in der 1. Etage mietet. **Kaufpreis-Gewinnhaft.** G. G. mit anbest. Sachverständ. zu Kaufzeit.

Jam 1. April jede Wohnung in neuem Hause. Preis bis 450 M. Off. unter S an die Exped. d. Bl.

Baustelle.

Neuer Straße, idyllisch gelegen, 12-15 Meter Front, 25-30 Meter tief, zu Baugründen billig und unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Ansehnlich erzählt **Paul Sonnen Schmidt.**

Seitene Kaufgelegenheit

Besond. f. Händler. Zu Kohlraben vert. ja. 700 Stk. **Brigandmaschinen**, ohne Materialfehler, d. aufgelösten Maschinen-Fabr. Bohl. Hg., d. d. f. billige Preise v. M. 6.85 fr. geg. Nachn. Früher Fabr. Nr. 15.— dir. ab Fabriklager. **J. M. Kuppel, Hamburg 81.**

Stoßfleisch!

Prima fette junge Ware. ff. Schmeer, extra fein. Alles andere wie bekannt.

F. Möbius, Stoßfleischerei, Clarube 5. Telefon 849

Für Gastwirte und Flaschenbierhändler

Hält Bieranmeldungs- u. Nachweisungsformulare, sowie Bagerbücher stets vorräthig. **Buchdruckerei Th. Bismarck,** Merseburg, Olgarden.

Für den meinem und den Herzen der Meinigen so wohl-tuenden Ausdruck der Anteilnahme bei dem Heimgange meiner Frau sage ich allen unsern innigsten Dank.

Merseburg, den 3. März 1910.

Ernst von der Schulenburg.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen unsern aufrichtigsten Dank.

Merseburg, 2. März 1910.

Helene Geske nebst Kindern.

B. B.

Meine Frau hatte ca. 4 Jahre lang ein schütteres, feines, offenes Bein und alle nur erdenklichen Mittel, haben sich nicht für gerufen wurden, mag es angewandt, bis ich die Empfehlung der **Wino-Galle** in einer Zeitung las. Nach Gebrauch einiger Dosen war das kranke Bein gründlich geheilt.

Verschickungsbeil

Ad. Heinse.

M! (Zähr.) 30./10. 1908.

Diese **Wino-Galle** wird mit Erfolg gegen Rheumatismen, Gicht und Gelenkerkrankungen angewandt und ist in Dosen à M. 1.15 und M. 2.25 in den Apotheken vorräthig, aber nur aus in Originalpackung weiß-grün-rotes und kleine Schauer & Co., Weinbittoria-Druckerei. Hüllungen weiß man genau.

Einige geübte Näherinnen

in dauernde Beschäftigung sucht **K. Mauersberger,** Etablissement für Hütten- und chemische Reinigung, Annacker d. Halle a. S.

Sollides junges Mädchen aus anständiger Familie als **lernendes Buffetfräulein** möglichst sofort gesucht. **Waltheater, Halle a. S.**

Buchdrucker-Verein
Gutenberg 1887.
Sonntag den 6 März
Ausflug nach Schkopau.
(Deutscher Kaiser.)
Von nachmittags 3 Uhr ab
Tänzchen.
Dies unsern werten Gästen zur Nachricht.
Der Vorstand.

Kräftiger Junge, welcher Oftern die Schule verläßt, als **Hausburische** gesucht. **Paul Käther Nachf., Markt.**
Jüngeres Dienstmädchen, am liebsten vom Lande, zum 1. April gesucht. **Salleische Straße 65.**

Gerichtliche Auktion in Niederbeuna.

Am Sonnabend den 12. März cr., von nachmittags 11 1/2 Uhr an, werde ich zur Baunternehmer **Gebr. Juchoski'schen Konkursmasse** gehörige **ja. 20 Stk. Ebleigenen** und **1 Kanarre, ja. 115 Stk. Tonrohre div. Weiten, ja. 20 Stk. Bögen und Abzweige** im **Genus Walden** Garkause daselbst öffentlich versteigern, wozu ich Kauflustige einlade. Merseburg a. S., den 2. März 1910. **Fried. M. Kunth.**

Gerichtliche Auktion.

Die zur Baunternehmer **Gebr. Juchoski'schen Konkursmasse** gehörigen Baumaterialien und sonstigen Waren, als: 1 gr. Posten eichene, birkenne, eschene und eichene Bretter verschiedener Stärke, geschnittene Latten, Treppenstufen, Türbekleidungen, schwedische Dielung, Schwarten, Beststollen und Kanthölzer,

verschiedene Türen und Fenster, Spalierlatten und Brennholz, ferner:

Dachpappe, Drahtziegel-Gewebe, eiserne Hofentwässerungen, Aschengrubendeckel, Tonrohre, Kuhkrippen und Futtertröge,

eiserne Träger, verschiedene Gerätschaften, 1 Posten Steine, Dachziegel, Flurplatten, 5 Granitsockel, 3 Kacksteine, Zement, Kalk, Gips, 1 Häckselmaschine, 1 eis. Waschkessel, kleinere eiserne Oefen und div. Eisenzeug,

1 Posten div. Nägel, Maurerdraht, Türhänder und andere Sachen mehr, sollen öffentlich versteigert werden.

Dazu habe ich auf dem **Markhofe Gutenbergstraße 19** hier Termin auf **Sonnabend den 19. März 1910, vorm. 9 Uhr,** angelegt, wozu Kauflustige geladen sind. Mittags findet keine Unterbrechung statt. Merseburg a. S., den 2. März 1910. **Konkursverwalter Kunth.**



frisch eingetroffen:
extra starke Hasen,
 a Stück Mark 3 75 ohne Klein,
 auch geteilt,
grosse wilde Kaninchen
 a Stück Mk 1,20,
Ia. Reh- und Dampfleher,
Rüden, Keulen und Blätter,
Kochfleisch a Pfund 30 Pf.,
Birchhühner und Ganssen,
Schneehühner,
Ruter und Putzhenen,
französischen. deutsche Bonlarben,
Poulets, junge Tauben,
Kochhühner,
große junge Waschhühne
a Wf. 2 75—3,00,
Ia. lebend. böhm. Epiegelkarpfen,
Schleien
 empfiehlt **Emil Wolff.**

Von der Sandweertsammer vorgegründeten
Lehrverträge
 hält stets vorrätig
 Buchdruckerei **Th. Rössner,**
 Merseburg, Oelgrube 9.

Deutsch.-O. Frauenbund.
Oeffentlicher Vortrag
 Sonnabend den 5. März,
 abends 8 Uhr,
 im „Hotel Rülke“.
 Thema:
Die Bedeutung der Frauenschulen.
 Referentin: **Frl. v. Bennigsen,**
 Leiterin der Christl.-sozialen Frauenschule
 in Hannover.

Im Anschluss Diskussion. Eintritt für
 Mitglieder gegen Vorzeigen der Karten frei,
 Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf.
Der Vorstand.

Krankenpflieger im Kriege.
 Freitag den 4. d. M., abends
 8 1/2 Uhr,
Unterrichts-Abend
 in der Landwirtschaftl. Wirtsschule.
Der Vorstand.

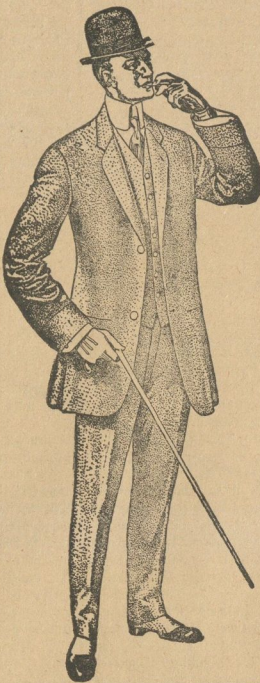
Krankenpflieger im Kriege.
 Montag den 7. d. M., abends
 8 1/2 Uhr,
Monats-Versammlung
 im Restaurant „Bergschlößchen“, Unter-
 Altenburg.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen
 dringend notwendig.
Der Vorstand.

Monats-Versammlung
 im Restaurant „Bergschlößchen“, Unter-
 Altenburg.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen
 dringend notwendig.
Der Vorstand.

Ehem. Garde.
 Donnerstag den 8. März
**Monats-
 Versammlung**
 in der „Reichstrone“.

Radfahrer-Verein „Adler“.
 Zu unserem am Sonntag den 6. März
 stattfindenden
**Radfahrer-Ball
 in Kriegsdorf**
 laden freundlich ein
D. Winter, Gastwirt **Der Vorstand.**

Sächsischer Hof.
 Sonntag den 6. und Montag den
 7. März
Bockbierfest in den dekorierten Säumen.
 Speckkuchen.
 Dagegen ladet ergebenst ein
E. Thierbach.



**Anfertigung
 eleganter
 Herren-Kleidung
 nach Mass.**

Durch ganz besonders günstigen Ein-
 kauf bin ich in der Lage, elegante
 Massanzüge im Preise von
40, 45, 50, 55, 60 u. 65 M.
 zu liefern.

Für tadellosen Sitz leiste Garantie.
S. Weiss
 Merseburg.

Medizinal - Blutwein

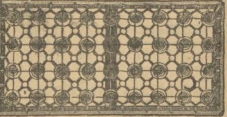
reines Naturprodukt, fast alkoholfrei,
 1/1 **Flasche 70 Pf.** mit Glas,
 empfiehlt
Wilh. Kötteritzsch.



Suppen
 für die sonst Butter genommen wird,
 bereitet man ebenso schmackhaft, aber
 viel billiger mit
Siegerin
 oder
Mohra

Margarine, den beiden besten Butter-Ersatz-
 mitteln in höchster Vollendung! Feinstes
 Butter-Aroma und delikates im Geschmack!
 Überall erhältlich!
 Alleinige Fabrikanten:
A. L. MOHR g. m. b. H.
 ALTONA-BAHRENFELD.

Herkules-Matratze.



D. R.-Patent Nr. 179 054.
 Staubfrei! Unbegrenzt haltbar! Sehr leicht!
 Unübertroffene Elastizität!
 Fort mit der alten Gurtenmatratze, kauft nur
 noch kombinierte Spirat-Sprungfeder-Matratze mit
 Auflegepolster, das Ideal aller Hausfrauen.

Das alleinige Anfertigungsrecht hat sich Unterzeichneter gesichert und ist durch
 erweiterten Betrieb in der Lage, jeden Auftrag in Rülge auszuführen. Fertige Ware
 und Materialien liegen zur gefl. Beschichtigung aus.
 Gute Merseburger Werkstätte für kunstlose Polster
Franz Koch, Tapezierer, Neumarktstor Nr. 2.

Geräuch. Seringe
 empfiehlt **H. Kehler Sand 22.**
Hubolds Restauration.
 Heute
Schlachtetfest.
Schlachtetfest.
 Freitag
W. Alleritz, Amtsbäuer 17.
 Heute Freitag
Schlachtetfest.
Fr A. Sommer, Gr. Ritterstraße 1.
 Freitag
Schlachtetfest.
Max Pritzsch, Brauntstraße 8.
 Heute Freitag
Schlachtetfest.
Otto Lintzel, Clobigauer Str. 9.
 Morgen Freitag
großes Schlachtetfest.
H. Kehler, Sand 22.
 Von Donnerstag an empfiehlt
fr. hausgeschlachtete Wurst.
E. Wartemann, Obere Breite Str. 21.

Reelles Heiratsgeheim!
 Privatm., 6. Mittelst., 1. anst. Ww. o.
 Fr. von 55-60 J ohne Bindung. Beamtin
 in Pension a Ww. o. Vande m. ein Verm.
 erb. d. Borzug. Gef. Off. bitte u. **A G**
1010 in der Exped. d. Bl. niederzuliegen.
 Anonym nacheten.

Führen aller Art
 werden ausgeführt.
Carl Ulrich jun.,
 Fernstr. oder 249
Schleiferei
H. Mehls, Markt 13,
 seit 1850 in Merseburg,
 empfiehlt sich zum
**Schleifen von Messern, Sä-
 ehren, Tisch-, Tafelmessern usw.**
 Garantiert gute Arbeit.

Strümpfe aller Art
 angefertigt werden nach u.
Sand 23. st.
 Für Damenschneiderei **w. Aushilfe gesucht.**
 Offerten unter **H S** an die Exp. d. Bl.

Einige junge Mädchen
 finden leichte und dauernde Beschäftigung.
G. Dorfmann, Clobigauer Straße 26.
 Junges Mädchen, welches Lust hat die
Blumenbinderei zu erlernen,
 sofort oder später gesucht.
**H. Nordendorf, Blumenengschäft,
 Gortdorbstraße 88**

Wegen Krankheit meiner Köchin suche
 ich zum 1. April oder später **Geizig**. Er-
 fahrene Köchinnen oder Stützen, ohne
 Familienanschluss, können sich früh zwischen
 8 und 10, sonst schriftlich melden bei
 Frau Geheimrat **Chere, Rochter 31.**

Ein ordentliches Dienstmädchen
 findet Stellung zum 1. April 1910.
Breite Straße 12.

Tücht. Mädchen,
 welches Kochen kann und Hausarbeit über-
 nimmt, zum 1. April geucht
Dalleke Straße 33, 1 Et.

Ordentliches ehrliches Mädchen
 wird per 1. April gesucht
Neumarkt 30.

Sauberes, fleißiges Mädchen
 für Küche und Haus sucht zum 1. April
 Frau Apotheker **Diosegl, Dom-Apothek.**
Aufwartung
 geucht **Annenstr. 7, 1. rechts.**

Tüchtige Aufwartung
 sucht für sofort
 Frau **Diosegl, Dom-Apothek.**
Ein Trauring, gelb. K. H. von Weisker
 fester bis Goldsche
 Straße verloren gegangen. Gegen Be-
 lohnung abzugeben **Dalleke Str 27, Hof 1.**

Ein Portemonnaie mit Inhalt
 ist verloren worden. Bitte daselbe gegen
 Belohnung abzugeben
Dammstraße 3.
Siezen eine Willage.

Aus dem

Verwaltungsbericht der Provinz Sachsen.

Der Bericht umfaßt die Rechnungsjahre 1907 und 1908, teilweise auch 1909.

Allegemeines: Während der Berichtzeit sind der erste und zweite Landeshauptmann der Provinz, Graf v. Wisingerode-Bohlenstein und Geh. Ober-Reg.-Rat Bartels gestorben. Der Provinzial-Ausschuß besteht bisher...

Der Grundbesitz der Provinz vergrößerte sich wieder durch verschiedene Erwerbungen, wie Anlage einer Baum- schule, Erweiterung der Hochschule, Ankauf von Grund-

über die Finanzlage der Provinz ist folgendes zu bemerken: An Verwaltungsberechnungen brachten das Rechnungsjahr 1907: 361.004 M., 1908: 192.389 M. Am 31. März 1909 besaß die Provinz ein Kapitalvermögen in...

Für Sorge für Geisteskrante, Epileptische und Idioten. Der Reinigungszust ist nach Abzug der Abgänge an Geisteskranten, Epileptischen und Idioten, welche der Fürsorge des Provinzialverbandes anheimgefallen sind, in den Berichtsjahren wieder sehr beträchtlich...

in der Berichtzeit aufzuweisen, mithin jährlich über 1 Million Mark.

In den Landhüttenanstalten Erfurt, Halberstadt, Halle, Okerburg und Weiskens waren am Ende des Berichtsjahres insgesamt 337 (163 Knaben und 174 Mädchen) untergebracht. Der Behälterzustuß für sämtliche An-

In den Arbeits- und Landarmen-Anstalten Zell und Großsalsza waren 1907 1727 und 1908 1852 Häftlinge vorhanden. Die Gesamtzahlen hierfür betragen in beiden Berichtsjahren 192.000 M.

In der Fürsorgeerziehung (Winderjährige) befanden sich am 31. März 1909 3324 Jünglinge, davon entkommen 63 Proz. oder überwiehens aus den Städten der Provinz mit mehr als 10.000 Einwohnern, 35 Proz. allein aus den 8 Stadtkreisen Erfurt, Magdeburg und Halle.

Für Wohltätigkeitszwecke liegen der Provinz Fonds mit einem Kapitalstande von 285.518 M. zur Verfügung.

In der Landwaisenanstalt zu Langendorf waren am 31. März 1909 45 Knaben und 31 Mädchen untergebracht.

Das Baugesamtwesen umfaßt zusammen 2640 km Provinzial-Gassen und Straßen; außerdem sind 2597 km Kreisgassen, 787 km Gemeinde- und Interessenten-Gassen und 797 km Kommunalverkehrswege zu verwalten und technisch zu leiten.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 2. März.) Der Reichstag hielt am Mittwoch die zweite Sitzung des 6. Tages des Reichstages des Jahres fort. Er nahm zunächst die Abstimmung über die etwa 60 vorliegenden Resolutionen vor, von denen die meisten angenommen wurden.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 2. März.) Im Abgeordnetenhaus ergiff am Mittwoch bei der weiteren Beratung des Etats der Provinzverwaltung der Handelsminister S. v. d. S. als ein Anfang das Wort, um über die Unterbringung der Radob-Wärfre Arbeiter zu machen.

gut nationalpolitischen Einschlag eine Reihe von sozialpolitischen Fragen, die speziell die Bergmannschaft seiner Heimat angehen. Der Zentrumsrats. Z. m. b. j. schreibe darauf den getrennt aus den entsetzten Streit zwischen seiner Partei und der Sozialdemokratie fort. Der national-

Der neue Reichstagspräsident Abgeordneter Graf Scherwin-Röhmig ist am 19. Mai 1847 in Schweinsburg geboren, besuchte das französische Gymnasium in Berlin, diente von 1865 bis 1881 im Kaiserlichen Regiment Nr. 7, machte als Offizier die Feldzüge von 1866 und 1870 mit und übernahm später die Verwaltung des Familienbesitzes. Seit 1886 ist er Kreisdeputierter, Mitglied des Kreisratschusses und des Kreisratgremiums, wurde Präsident des deutschen Landwirteverbandes, Vorsitzender des preussischen Landesbauernvereins, des pommerischen Landwirteverbandes, Mitglied des Vertriebsvereins des preussischen Zentralbauernvereins, des Provinzialratschusses, des wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung von Grundbesitzerkongressen.

Die Justizkommission des Reichstages verhandelte bei der fortgesetzten Beratung der Strafrechtsnovelle am Dienstag zunächst über die Aufgabe der Sozialdemokraten und des Zentrums, die dahin gingen, die Bettel als Notkrakos zu lassen. Die Anträge wurden namentlich mit dem Hinweis darauf bekräftigt, daß die Bekämpfung der Bettel ein großes soziales Problem ist, das nicht nebenbei gelegentlich einer engbegrenzten Strafrechtsnovelle gelöst werden könne.

Volkswirtschaftliches.

Über die Frage der Schiffahrtsabgaben durfte es nach eingehenden Beratungen zwischen dem Bundesrat, Sachsen und Baden eingeschlossen, auf folgender Basis zu einer Einigung kommen: Der anfangs in Ermüdung gezogene Zwangsbeitrag zu den Zwickauer Schiffen wird durch einen selbständigen, von der Entwicklung des Bundesrats völlig losgerissenen Zwickauer Verband der Wasserfahrtsbesitzer ersetzt. Die Frage der Stromrenten in der Elbe, die nach einem Vorstoß teilweise aus den Klaffen für die Schiffahrtsabgaben befreiten werden sollen, ist noch nicht völlig erledigt, wird aber eine einmütige Antwort in kurzen Tagen.

(Die Bemühungen der Postabstamporeure für eine Änderung der in den Ausführungsbestimmungen zum Zabahterzeugnisse festgelegten Einheitspreise für Strickleitungen haben endlich Erfolg gehabt. Was die „Wirtschaftliche Zeitung“ von unterwiesener Seite erzählt, sollen die Einheitspreise von 0,70 M. und 1,50 M. namentlich den Wärfre der beteiligten Industrie entsprechend auch für den Transport von Holz und den Niederlanden auf dem Wasserwege oder mit Fuhrwerk gelten, Ferner sollen die vielfach behaupteten Zweifel darüber, welche Kosten mit den Einheitspreisen abgegolten sein sollen, durch eine neue Festlegung beseitigt und zur Befriedigung eines einheitlichen Verfahrens bestimmt werden, dessen Ergebnis die Einheitspreise auf die für die Industrie günstigeren Reingewichte beziehen. Die Änderung der Ausführungsbestimmungen soll in der nächsten Nummer des „Centralblattes für das deutsche Reich“ veröffentlicht werden.)

(Infolge des Wegfalls der Schlachtkreuzer werden die Schlepper in Wachen, wie in der Stationordnen Versammlung mitgeteilt wurde, mit dem 1. April die Schlepperpreise im 10 Pf. für das Stationariermäßigen. — Die „Kreuzzeitg.“ hatte noch vor einiger Zeit bestritten, daß die Aufhebung der kommunalen Wärfre irgendwelchen Einfluß auf die Preise haben werde.)



Provinz und Umgegend.

† Weisenfels, 3. März. Unter dem Verdacht des betrügerischen Bankrotts wurden hier die Schuldschulden Karl Krause und Richard Schmidt verhaftet.

† Naumburg, 3. März. Wie das Naumburger Kreisblatt entgegen der Nachricht der Berliner Morgenblätter mittelt, handelt es sich bei der gestrigen Aufgefundenen Leiche der Tochter des Justizrats Weber nicht um einen Lustmord, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Unfall. Die Verletzungen sind erst im Wasser entstanden.

† Leipzig, 2. März. Jüngst fand bei Bahnhof Dagnsburg ein Lokaltrennung betr. den Bau der neuen Eisenbrücke statt, an dem auch eine Regierungs-Kommission aus Merseburg mit dem Regierungspräsidenten an der Spitze teilnahm. Die Kommission sprach sich für den Bau der Brücke zwischen der Neumühle und dem Bahnhof Dagnsburg, etwa 100 Meter oberhalb des Waltherschen Restaurants, aus.

† Bitterfeld, 3. März. Gestern nachmittags 6 Uhr 20 Min. unterhalb der Ballon „Parabol IV“ unter Führung von Hauptmann Dinglinger einen Aufstieg, bei welchem wieder gut gelungene Versuche mit elektrischen Lichtblitzen vorgenommen wurden. Um 6 Uhr 50 Min. erfolgte die glatte Landung.

† Mühlhausen, 3. März. Eine Steuerermäßigung von 10 Proz. wird, wie verlautet, für das nächste Geschäftsjahr den Stadtverordneten vom Magistrat und der Finanzkommission vorgeschlagen werden.

† Halberstadt, 2. März. Gestern nachmittags fand am hiesigen Geheimeneminister die unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungs- und Provinzialschulrats Friebe-Magdeburg abgehaltene Lehrereinführung ihren Abschluß, zu der sich 34 Lehrerinnen gemeldet hatten. Sämtliche Prüflinge bestanden, und zwar 29 für höhere Mädchenschulen und 5 für Volksschulen.

† Pöhl, 2. März. Der 40jährige Porzellanmaler Otto Engelmann wettete in einem hiesigen Lokale mit einigen Gästen, daß er die angeschlossene Mühlflache durchwatete. Der Mann ging auch an die Ausführung seiner Wette, wurde aber von den reißenden Fluten mit fortgerissen und ist ertrunken. Engelmann hinterläßt eine zahlreiche Familie.

† Helmstedt, 2. März. Auf dem Südschacht der Grube „Prinz Wilhelm“ geriet gestern im Förderflachen hinter dem Mauerwerk die Kohle in Brand, sodass die Mauer einfürzte und der ganze Schacht sich um 7 Uhr abends mit Dampfen anfüllte. Die im Tiefbau befindliche Belegschaft von ca. 20 Bergleuten geriet in erste Lebensgefahr. Die Bergleute wurden mittels Automobils in ihre Wohnungen geschafft, da sie sehr angegriffen waren. Die ganze Belegschaft konnte heute morgen nicht einfahren; dies sollte erst heute abend geschehen.

† Düben, 2. März. Hier beging der Bürgermeister Wetzl sein 25jähriges Jubiläum als Stadtoberhaupt.

† Meuselwitz, 2. März. Viel Ärger um nichts. Eine große Aufregung beherrschte dieser Tage das Dorf Döbisch. Dort lag eine Frau, daß ein Mann einen Karton in den Fluß warf und eiligst verschwand. Die Frau lief sofort zum Gemeindevorsteher und meldete, daß der Mann vermutlich ein totes Kind in den Fluß geworfen habe. Sofort kamen eine Reihe Dorfbewohner mit Spieße und Stangen heran, um nach dem Karton zu fischen. Es gelang auch, den Karton zu bergen. Als man ihn öffnete, fand man einen — Kadaver darin. Berühmt zogen die Bewohner zurück, der Kadaver war gerettet.

† Weimar, 3. März. In der Sitzung des Landtages kündigte ein Regierungsvertreter einen Gesetzentwurf an, wonach alle größeren Städte des Großherzogtums dem Funktionsbereich der Bezirksdirektionen entzogen und dem Ministerium unmittelbar unterstellt werden.

† Weimar, 2. März. Im Landtage kamen auf Antrag des Ausschusses für Verwaltungsgesetzgebung drei Petitionen zur Verhandlung, die sich auf die Erbauung der projektierten Straßen Jena-Blankenbain-Anhalt und Erfurt-Rudolstadt beziehen. Auf Antrag des Ausschusses wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Erbauung der erstgedachten Linie zu betreiben, daneben aber auch die Wünsche, die sich auf die andere Linie beziehen, in Rücksicht zu nehmen.

† Chemnitz, 2. März. Ein räuberischer Überfall ist heute hier verübt worden. Der nahezu 70jährige Kassenvote Dörzel der Firma Kunath & Nieritz wurde in der Bangenstraße von einem 22jährigen Menschen namens Walter Burschardt überfallen und durch einen Stich in die Schläfe verletzt. Der Täter verlor sich dann, ihn zu berauben, und flüchtete hierauf. Er wurde jedoch eingeholt und von der erregten Menge beinahe geklyncht. Der Kassenvote frug 30000 Mk. in Wertpapieren bei sich.

† Dresden, 2. März. Dem Verein gegen Armennot hierseits ist ein großes Vermächtnis zugefallen, welches im Februar d. J. von dem im Alter von 90 Jahren verstorbenen Fräulein Wilhelmine Forst, einer eifrigen Förderin des Vereins, in Höhe von 160000 Mark testvollig vermachet worden ist.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 3. März 1910.

** Wagenstandgeb. Zur Hebung von Zweifeln macht die Eisenbahndirektion darauf aufmerksam, daß bei der ununterbrochenen Aufeinanderfolge mehrerer Sonn- und Feiertage, z. B. Ostern, das Wagenstandgeb nur für einen Tag zu berechnen ist. Werden aber diese Sonn- und Feiertage durch einen Werktag getrennt, so ist das Wagenstandgeb auch für diesen Tag besonders zu entrichten.

** Der Kunststempel. Aber die bundesstaatliche Postkonferenz, die kürzlich in Weizel stattgefunden hat, erklärt das „B. Z.“, daß man zwar der Wiedereinführung des Antunftsstempels auf Verwendungen und Gelbriesen allgemein zugestimmt hat, daß jedoch an eine Wiedereinführung des Antunftsstempels bei gewöhnlichen Briefen nicht zu denken sei.

** Dar während des Gottesdienstes geturnt werden? Das Kammergericht hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob während des Gottesdienstes an Sonn- und Feiertagen geturnt werden darf. Der Vorsitzende eines Turnvereins in G. war wegen Übertretung einer Polizeiverordnung, die vorschreibt, daß an Sonn- und Feiertagen während des Hauptgottesdienstes keine mit Geräusch verbundenen Vergnügungen stattfinden dürfen, angeklagt. Der betreffende Turnverein hatte an einigen Sonntagen während des Hauptgottesdienstes in einer stillen Stadtgegend auf einer Wiese geturnt. Sowohl das Schöffengericht als auch die Strafkammer sprachen den Vorsitzenden frei, weil eine mit Geräusch verbundene Vergnügung nicht stattgefunden habe. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht als unbegründet zurückgewiesen.

** Elektrische Beleuchtung der Schlafwagen. Nach einem Erlaß des Eisenbahnministers soll die elektrische Beleuchtung der Schlafwagen bis zum 1. Oktober d. J. für 161 Wagen durchgeführt werden. Zu diesem Zweck hat man die Beleuchtungsanlagen der Gepäckwagen bereits abmontiert, um die dort bisher verwendeten Batterien, Dynamomaschinen usw. entsprechend verwenden zu können. In erster Linie kommen diejenigen Schlafwagen in Frage, die noch keine Gasgasleuchte besitzen, wie auch Leuchtmittel aufweisen. Es folgen die, welche weder Gasgasleuchte noch Leuchtmittel aufweisen. Die Ausrüstung aller Schlafwagen mit elektrischer Beleuchtung wird in etwa zwei Jahren durchgeführt sein können. Abgesehen von den für die allgemeine Beleuchtung bestimmten Deckanlagen ist beabsichtigt, in den elektrisch beleuchteten D. Zugwagen in den Abteilen erster und zweiter Klasse die Leuchtmittel anzubringen, die sich über den Räderkasten befinden und nach Bedarf benutzt werden können.

** Inkrafttreten des zweiten Teils: „Sicherung der Bauforderungen“. Über die Frage der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen ist folgende Mitteilung: Das Interesse aller beteiligten Kreise an der Frage, ob und wann die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen, der die dingliche Sicherung der Bauforderungen enthält, erfolgen wird, ist nach wie vor äußerst reger und äußert sich in fortwährend eingehenden Eingaben, die sich für oder gegen die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes betreffen. Die Einführung dieses Teiles nicht in nächster Zeit erfolgen kann, geht daraus hervor, daß zuvor die Handels-, Handelskammer und Arbeitervereinigungen in dieser Frage eingehend gehört werden sollen. Erst nach Prüfung dieser Äußerungen kann ein Entschluß der zuständigen Behörde über das Inkrafttreten erfolgen. Bei dem schwerwiegenden Interesse, das das Inkrafttreten des zweiten Teiles für alle Beteiligten besitzt, liegt es fern nahe, daß man erst die Wirkungen des ersten Teiles des Gesetzes, das am 1. Juni 1909 in Kraft trat, sowie des Bauzuggesetzes abwarten will, bevor man Entscheidungen trifft. Im übrigen ist beabsichtigt, den zweiten Teil des Gesetzes, der einen recht erheblichen Eingriff in die Bauverträge darstellt, nur dort in Kraft treten zu lassen, wo die besonderen örtlichen Verhältnisse herabsetzende Auswirkungen erlangen. Auf einen Antrag aus Berlin, der die Einführung des zweiten Teiles wünscht, hat der Handelsminister kürzlich ablehnend geantwortet, da ein Bedürfnis für die Inkraftsetzung nicht anerkannt werden konnte. In Berlin hat sich bekanntlich die Handelskammer für eine Einführung erklärt, während andere Interessenvertretungen um diametral entgegengesetzte Wünsche bitten. Als allgemeine Voraussetzung für eine Einführung des zweiten Teiles wäre ein bedingtes Herortreten ungelinder Baupolitik, der durch Eintragung einer Baupflicht für die Baugläubiger entgegengetreten werden soll.

** Der Verkehrsverein für Merseburg und Umgegend hält Freitag abend in der Reichstrasse seine diesjährige Hauptversammlung und daran anschließend eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Rechtsanwalt Dr. Kadomacher über das Thema: „Verschiedene Projekte“ sprechen wird. Der Vortrag dürfte, da der Redner eine ganze Anzahl Projekte behandeln wird, die für Merseburg und Umgegend das Lebensnerv sind,

teresse beanspruchen, aus allen Kreisen der Bürgerschaft zahlreich besucht werden. Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Versammlung besonders hin.

** Staatswissenschaftlicher Ferienkurs Halle S., 16.—22. März 1910. In den Tagen vom 16.—22. März 1910 findet ein staatswissenschaftlicher Ferienkurs in Halle statt, der durch das Entgegenkommen von Rektor und Karar in den Räumen der Universitäts- und des Auditoriengebäudes abgehalten werden kann. Es werden 7 oder 8 Dozenten der Universitäts- über allgemein interessierende Themen in 3—6 stündigen Vorlesungen sprechen. Die Vorlesungen sind für jedermann, Damen und Herren, zugänglich und finden von 10—11 Uhr vormittags und 4—8 Uhr nachmittags statt. Der Eintritt kostet pro Stunde 50 Pf. Das Programm wird durch Inserat bekannt gegeben.

** Volksbibliothek und Lesehalle (Mühlstraße 1/2). Die Bücher unserer Bibliothek werden fleißig gelesen. Wir weisen auf die Neuanfassungen der letzten Zeit hin; unser besten Schrifsteller haben mit ihren neuesten Werken Berücksichtigung gefunden. Es seien z. B. genannt v. Söner Eichenbach (Ein Volksbuch), v. Gandel-Mazzetti (Die arme Margarete), Schurer (Gente Leng), Spedmann (Herzensbeilage), Sperl (Nichta), Zahn (Der Räuber). Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Bibliothek nicht nur noch weiteren Kreisen zur Benutzung empfehlen, sondern sie auch unser wohlhabenden Mitbürgern ans Herz legen. Es werden uns zwar vielfach ältere Jahrgänge von Zeitschriften als Geschenke angeboten, auch allerlei Reiselektüre, die sich allmählich in den Häusern angesammelt hat; doch können wir diese Unterfertigung meist nicht gebrauchen. Aus anderen Städten wird hingegen berichtet, daß wohlhabende Leute es für ihre Ehrenpflicht ansehen, die öffentlichen Bibliotheken wegen ihres wichtigsten Einflusses auf die Volkserziehung und Selbstbildung zu unterstützen, daß sogar hier und da namhafte Begabe hierfür ausgeföhrt werden. Da unsere Bibliothek aus ihrer eigenen Einnahme, die einzig in dem ganz niedrig berechneten Besoldung besteht, unmöglich sein, Beleuchtung und Reinigung der Lesehalle und die Anschaffung der Bücher bestreiten kann, so find auch wir auf die Unterstützung durch Behörden und Privatleute angewiesen. — Die Kassengeschäfte der Bibliothek führt Herr Lehrer Rühlmann.

Merseburger Armenkassenbeiträge.

Daß die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit Beiträge für die Armenkasse erheben werden, wird wohl für manchen seitlang klingen, ist aber in Merseburg lange Zeit in Übung gewesen, bis es nach einem kurzen Ausschuss von 70 Jahren bald darauf durch die Praxis des Publikums beseitigt worden ist.

Das auch im Gebiet des Hochstifts Merseburg geltende sächsische Armen-Mandat vom 11. April 1772 hat die Bestimmung, daß „wenn Kauf-, Zausch- und andere derlei Kontrakte geschlossen und befristet werden, Käufer und Verkäufer etwas zur Unterhaltung der Armen zu geben ermahnt werden sollen“. Die Gerichts- und Hypotheken-Behörden wurden durch Verfügung vom 21. September 1821 auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht. Es wird daher an allerlei guten Ermahnungen an die Beteiligten nicht gefehlt haben.

Die Bestimmung der Armenkasse der Königl. Regierung zu Merseburg vom 22. Februar 1840 und nach der des Königl. Ober-Landesgerichts zu Naumburg vom 6. März 1840 sollen die Interessenten bei Aufnahme solcher Handlungen befragt werden, ob sie die Gaben der Müdigkeit, welche nach dem erwähnten Mandate dargeboten werden, dem Unterfertigungs-Fonds für hilfsbedürftige Kinder zuzusetzen. Inzwischen sind die Armenkassen der verschiedenen Justizbehörden oder ihrer Armenkassen abgenommen worden.

Der Erfolg dieser Verfügung war für Merseburg sehr überausend. Nachdem im Jahre 1838 nur 3 Zehrl. 8 Sgr. 9 Pf. und im Jahre 1839 nur 4 Zehrl. 21 Sgr. 3 Pf. der Merseburger Armenkasse auf diese Weise zugeflossen waren, ergab das Jahr 1840 aber 63 Zehrl. 26 Sgr. 6 Pf. Diesem erheblichen Aufschwung folgte aber logisch ein bedeutender Abwärtgang, indem das Jahr 1841 nur 6 Zehrl. 14 Sgr. 8 Pf. brachte und im Jahre 1842 waren es nur 1 Zehrl. 8 Sgr. 9 Pf. Hiermit kam die Einnahme gänzlich zum Stillstand, so daß seit 1843 Beiträge aus dieser Quelle der Merseburger Armenkasse nicht mehr zugeflossen sind. Nach dem Bericht vom Bürgermeister Seffner hatte die Merseburger Armenkasse aus diesen Beiträgen in den Jahren 1837—1842 eine durchschnittliche Einnahme von jährlich 13 Zehrlern 8 Sgr.

Ob heute wohl bei solchen Gelegenheiten die Ermahnung des Richters, etwas für die Armen zu tun, bei den Interessenten besseren Erfolg haben würde, ist zweifelhaft, da auch die Kosten für die fraglichen Handlungen bedeutend höher gemindert sind. Die höhere Stelle, bei solchen Gelegenheiten etwas für die Armen zu spenden, ist heute wohl an den Mittelalter ähnlichen „Gottesdienste“, an der vom Verkäufer einer mitleidigen Stiftung zugeflossen werden. Wenn auch die freiwillige Gerichtsbarkeit aufgehört hat eine Quelle freiwilliger Gaben für die Armenkasse zu sein, so bietet doch die Strafrechtsbarkeit ihr oft eine gute Einnahme, indem man sich bei Verurteilungen durch Zahlung eines Beitrages an die Armenkasse verjährt, was für den lieben Frieden sehr nützlich ist. Schwäb. Z.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen

§ Dollau, 1. März. Der Rentmeister J. J. Schick ist zum Stellvertreter des Amtvorstehers für den hiesigen Amtsbezirk ernannt worden.

§ Lützen, 2. März. Montag abend wurden bei dem Apotheker H. Ganzlitz und dem Schloffermeister Mar Winkler Herr Einbruchsdieb Hähle verurteilt. In der Apotheke war der Dieb durch ein

Rüchfenster in die unteren Räume gelangt, hatte im Geschäftsort die Gelbfästen erbrochen und aus diesem 13 bis 14 Mart Wechselgeld, sowie aus der Wohnstube eine goldene Damenern im Werte von 80 Mart gestohlen. Beim Schlossmeister Winter hat der Dieb aus der Werkstätte verschiedenes Handwerkszeug entwendet. Ein telephonisch requirierter Polizeihund und aus Stößen verfolgte die Spur des Schwinders bis zu dem Grundstück der Witwe Schmidt in der Messburger Straße. Dort verankerte der Hund durch Wollen Einlaß. Als die Tür geöffnet wurde, lief der Hund sofort bis zur Wohnung des Arbeiters Hermann Hesse, welcher auf seinem Bett lag. Er wurde beim Eintritte der Polizei leichenblass und gitterte am ganzen Körper, doch bestritt er hartnäckig, der Täter zu sein. Die Größe von einem Paar Hesse gehörigen Stiefeln stimmte mit den im Hofe der Apotheke zurückgelassenen Fußspuren vollständig überein. Hesse ist inzwischen aufgrund der gegen ihn sprechenden Indizienbeweise verhaftet worden.

§ 3 Ägen, 2. März. In der Nacht vom 19. zum 20. v. M. sind auf der Weisenfeld-Leipziger Chaussee in der Feldmark Kleingebühren von sechs jungen Kirschkämen in die Kronen abgebrochen worden. Der Landesbauinspektor Weber in Weisenfeld sichtet demjenigen, der den Täter namhaft machen kann, eine Belohnung von 30 Mart zu.

m. Lothau, 2. März. In den letzten Wochen ist in hiesiger Feldmark stark gewildert worden. Die Wilderer besaßen sogar die Dreifigkeit, sich unweit der Grenzen der Feldmarken Sobau, Diekau, Bennewig Löcher in den Acker zu graben, um auf dem Anstand den Rehen und Hasen beisulommen; an mehreren Abenden haben derartige Raubzüge stattgefunden. Bei der Trächtigkeit des Wildes ist ein Schützen noch frevelhafter als es sonst schon ist und ein Erlegen gerade jetzt nicht schwer. Ubelthäter ist man eifrig auf der Spur.

Wetterwarte.

B. B. am 4. März: Trocken, doch Morgen stark neblig, dann aufheiternd, Nachtfrost und Reis, tags ziemlich milde. — 5. März: Trüber, milde, etwas Regen, im Osten und Südosten noch trocken mit schwachem Nachtfrost, aber auch zunehmend bewölkt.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Lebenskunst nach Dichtworten entworfen von Eitelhundertentacht Witzern. Zweite erweiterte Auflage. Verlag der Dürsch'schen Buchhandlung in Leipzig. Geheftet 3 Mart, gebunden 4 Mart. — Diese „Lebenskunst“ hat bei alt und jung so begeisterte Aufnahme gefunden, daß ein Vierteljahr nach dem Erscheinen der ersten Auflage bereits eine zweite notwendig geworden ist. Es ist zu erwarten, daß sich das Buch in seiner neuen, wesentlich erweiterten und verbesserten Gestalt zu den bisherigen viele neue Freunde erwerben wird. — Der Verfasser hat absichtlich ausgearbeiteten Reizen- und Schulerleihen neue Wahren zur Belebung und Vertiefung unserer sittlich-religiösen Natur getrachtet und gefunden. Im Anschluß an sein bisherig ausgewähltes Dichtwörter (neben Goethe und Schiller stehen auch die Vertreter der neuen und neuen Literatur nicht) entwirft sprachlich formvollendete Essays einen überreichen Reichtum scharfer Lebens- und Menschenbeobachtung. Das Sehen des heutigen Geschlechts nach einer harmonischen Verbindung freier moderner Bildung mit tiefer durchgeleiteter Religiosität wird hier geschildert. Götter sind dieses Buch gewiß reglamen, sondern es ist nicht nur ein Buch, sondern ein Band, in dem wieder durch greifen. Mit ihnen werden aber auch, wie die Erfahrungen der ersten Auflage beweisen, selbst alte und gereifte Männer aus dem eigenen Leben und anstehenden Buche neuen Lebensmut schöpfen.

Mit Erlaubnis des Verfassers lassen wir aus dem letzten Kapitel des Buches in einer der nächsten Nr. einiges folgen.

Gerichtsverhandlungen.

— Torgau, 2. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Wäckerfellen Schröder, der im Dezember in Wittenberg die Prostituierte Häbler erschoss, wegen Todschlags zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

— Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht zu Trensburg verurteilte den 20 Jahre alten Julius Ehrenfen, der in der Nacht zum 24. Oktober in dem Dorf Jusschau bei Trensburg die Frau des Eigentümers Borenzen ermordete und den Eigentümer selbst und seinen Sohn zu töten versuchte, zum Tode und fünfjährigen Jahren Zuchthaus. Das Motiv zur Tat war Rachsucht.

Vermischtes.

(Hochwasser Nachrichten) Die Seine ist nach einer Drohmahnung aus Paris um 40 Zentimeter gehoben und steigt weiter, ebenso die Marne. Der Quai in Antwerpen ist überflutet. — In Angers ist infolge des Hochwassers der Damm „Chouailler“, der das Tal des Flusses Aubion schließt, gebrochen. Ganze Dörfer sind überflutet; für die Rettungsarbeiten wird Militär verwendet. — Aus

Amsterdamm wird gemeldet, daß seit Montag abend die Ortshäfen am Ufer der Waas in Gefahr sind. Die Lage ist sehr kritisch. Die Schiffe und die Fährten in der Waas von Middelburg überkommen. Die Fährten der Beiter müssen daher stehen. In Middelburg selbst ist der Schaden groß. Hunderte von Häusern stehen unter Wasser. Nach einem Telegramm aus Köln wird aus Middelburg berichtet, daß das Hochwasser dort ungeheuren Schaden anrichtet. In der Gegend von Gerding und Zemppe mußten in letzter Nacht die Häuser in Middelburg einfallen. In Gochter ist die Waas bis auf 5 Meter über den normalen Stand gestiegen. Der Eisenbahnverkehr hinf. Ein ähnliches Hochwasser wurde seit 1880 hier nicht beobachtet. Auch mehrere Kohlenzüge stehen unter Wasser. In einzelnen Orten steht das Wasser 2 1/2 Meter hoch, in Zeller ist das Wasser bis auf die Gasse der Nordbahn gestiegen. In Middelburg selbst wurden mehrere Zementdämme gehoben; auch hier beständig nach dem Eintritte einer Katastrophe.

(Zwei Leiber ertranken) Ein trauriger Unglücksfall, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich auf dem Wüster See in Dänemark. Die Leiber Eggert und Conrad aus der Schule Sankt-Augustinus widmeten sich auf der schon morisch gewordenen See des Sports. Der Conrad wurde von den Wellen geritten, er in eine etwa vier Meter breite Eisrinne und ertrank. Ihre Leichen konnten geborgen werden.

(Eine Schneelawine) ging nach einer Meldung aus Coerett (Washington) am Dienstag auf einen Berg von der Great Northern Eisenbahn, der seit Donnerstag im Kadaberggebiete festlag, nieder. Ein Felszug ist nach der Unfallstelle abgeschickt worden. Der Berg schüttete Eisbahnhänge und bis Mittwoch vormittag 20 Personen getretet und 25 Leiber geborgen worden; 25 Personen fehlten noch. Die Getretenen haben mehr oder minder schwere Verletzungen davon getragen.

(Selbstmord eines taubstummen Ehepaars) Ein Dienstag aus Friesland in Solingen ausgebreitet junger Mann, dessen Name unbekannt ist, wurde in der Nacht durch Erschießen des Gasbades Selbstmord verübt. Das Motiv sind angelegene Nahrungsorgen.

(Doch etwas.) Sie (zu ihrem ehemaligen Bräutigam): Sie haben mich in dem beschwindelt, mein Herr; alles, was Sie über Ihre Stellung, Ihre Familie und Vergangenheit zu mir gesagt, ist eine Lüge. — Er (steinlaut): Die Schanden bleiben aber!

(Wegen großer Unterschlagungen) wird sich nächstens der Oberlandesgerichtsrat Götter aus Straßburg, der sich bereits in Untersuchungshaft befindet, zu verurteilen haben. Die amtlichen Feststellungen haben ergeben, daß Götter seit etwa 30 Jahren Unterschlagungen in Höhe von 187 000 M. verübt hat. Davon sind durch Verurteilung Götters 92 000 M. bis jetzt geborgen worden. Götter ist in vollem Umfange gefählig und betritt auf das entscheidende, das Opfer eines Excesses gewesen zu sein. Er habe lediglich mit seinem Gehalt nicht auskommen können.

(Unschuldige zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt.) Aus Newport wird berichtet: Ein gewisser Roger Williams wurde im Frühjahre 1901 zu 40 Jahren Gefängnis wegen eines Verbrechens, dessen Strafe er bereits verbüßt, als er jetzt weiß, daß der, den er ermordet haben sollte, noch lebt. Die Vorgesichte ist folgende: Roger Williams und Bernhard Carter waren in Streit geraten. Die Wesser wurden gezogen, und nach wenigen Augenblicken wurde der von mehreren Seiten getroffene Carter von seinem Gegner in die Fluten des Pecon River geschleudert. Doch in der Nacht wurde der Leichnam eines Mannes am Ufer des Pecon River gefunden. Man identifizierte den Toten als Bernhard Carter. Sein ehemaliger Gefährte Williams aber, der ihn in die Fluten des Flusses geschleudert hatte, wurde wegen Mordes zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Doch Bernhard Carter lebte. Wie durch ein Wunder nur er den Wellen des Flusses entkommen und hatte im Hospital von El Paso Unterkunft gefunden. Willig genügt er zu begeben, von wo er später als reicher Mann wieder in die Union zurückkehrte. Zufällig las er nun vor einigen Tagen einen Zeitungsbüchlein über die Verhaftung an den Gefangenen verließen Strafanstalten. Der Name Roger Williams, der in dem Bericht genannt war, erinnerte ihn sofort an eine der unglücklichsten Stunden seines Lebens. Er beschloß, Nachforschungen anzustellen, und es fuhr bereits nach wenigen Tagen, daß sein damaliger Gefährte zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Carter reichte nun sofort ein Gnadenbündel für Roger Williams ein, das auch Erfolg hatte. Er hat dem ungeschuldig Verurteilten ein Heim zur Verfügung gestellt und eine fähige Geldunterstützung zugesagt. Williams, der, als er die Tat beging, 33 Jahre alt war, ist jetzt ein gebogener und vorzeitig gealterter Mann.

(Frauenmord in Östlich.) Dienstag früh wurde in einem Nebenarm der Neise nahe dem Ufer bei der Östlicher fähigen Badeanstalt vom Baderpächter die Leiche eines Mädchens gefunden. Dem etwa 27 bis 30 Jahre alten Mädchen, anscheinend ein Dienstmädchen, war die Leiche durchschnitten. Die Leiche war mit neueren Stricken umschürt. Auf dem an dem Ufer entlang führenden Fußwege waren viele Blutspuren und eine große Blutlache bemerkbar. Auf dem neuerbauten Bahnanlagefeld waren zahlreiche Fußspuren sichtbar, die auf einen harten Kampf des Mädchens mit seinem Opfer schließen lassen. Nicht daneben im Bewußt fand man eine schwarze Sandstunde und ein Stück drangen entfernt einen weißen, langen Herrenpfeifen. Der Schmitt war es für einen scharfen großen Instrument ausgeführt worden sein. Ein anscheinend dem Arbeitende angehöriger Mann, der sich schon früh an der Fundstelle aufstellte, war, als die Polizei telephonisch benachrichtigt wurde, am Tatort nicht mehr zu sehen, und man vermutet, daß er zu der Missetätigkeit im irgendeinem Versteckte fehlte. — Die Ermordete wurde nach einer späteren Mitteilung als die 29 jährige Dienstmädchen Anna Sprenger rekonstruiert. Als Täter ist der Stillschlichter Sotz verhaftet worden, der auch eingeklinkt, den Mord am 28. Februar, abends, verübt zu haben. Er schnürte dem Mädchen zunächst mit einem Strick den Hals zu, durchschnitt ihr dann die Kehle und warf sie ins Wasser. Das Motiv der Tat ist angeblich Schwangerschaftsverdacht, der sich aber als unbegründet herausstellte.

(Festnahme einer Einbrecherbande) Beim Versuch, gestohlene Wertpapiere zu veräußern, sind in Berlin dieser Tage vier alte Verbrecher der Polizei ins Netz gegangen. Es sind dies der Schloß Karl Peters, der „Blutleiter“ Karl Grottel und die Geschwister Franz und Ernst Lessing. Sie hatten am Schiffbauerdamm einen Gesundheitskrankenbureau verübt, wo ihnen Wertpapiere über mehrere tausend Mart und für 2000 Mart in die Hände fielen. Die Banksumme war bald verzehrt, und nun sollten die Papiere umgelegt werden. Bei einem Versuch, bei einer Frau in Schönberg gestohlene Wertpapiere abzugeben, liefen sie, weil die Frau sich erst erkundigen wollte, Werte in Höhe von 8000 Mart im Stich und verflochten. Aus einer Personalbeschreibung der Frau erkannte die Polizei aber ihre alten Runden und brachte sie hinter Schloß und Riegel. Die Einbrecher hatten auch versucht, als Löner der Verkauf der Papiere nicht gelang, Wechsel über 83 000 M., die aus einem Geschäftsinhaber in der Chausseefeststraße herrührten, zu Geld zu machen. Auch dieses misglückte, und die Wechsel wurden auf dem Bedienten eines Schuhmachers zurückgelassen. Alle vier Personen räumen mehrere Einbrüche ein. Doch entfallen auf ihre Konto wahrheitsgemäß noch viele andere. Die Gebrüder Lessing wurden als alte Geschworne nach der Trennungstakt Herberge gebracht, die beiden anderen den Untersuchungsrichter zugestellt.

(Ein fähiger Schloßmacher) wurde in der Person des 17 jährigen Kaufmannschlechts Sponger bei seiner Ankunft von Berlin auf dem Hauptbahnhof in Hamburg durch einen Kriminalbeamten angehalten und zur Wache geführt. Bei seiner Vernehmung gab er an, seinem Prinzipal in Berlin ein Schloßformular entwendet, es mit der Unterstützung seines Chefs versehen und sich dadurch 6000 M. verschafft zu haben. Von der Beute habe er 500 M. dem Hausvater geschenkt, der jetzt klaglos ist und der Missetäter selbst beschuldigt wird. In dem Besitz des Verhafteten wurden noch 2350 Mart vorgefunden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. März. (Privattelegramm) Die Waprechtungskommission des Abgeordnetenhauses stimmt heute in zweiter Sitzung den Beschlüssen der ersten Sitzung hinsichtlich der Beschäftigung der indirekten Wapst mit geheimer Abstimmung zu unter Ablehnung aller Anträge der Nationalliberalen. Die besagten, der Wapst mehr entgegenkommener. Unter diesem Umständen erklären die Nationalliberalen, gegen die Vorlage stimmen zu müssen. Die Wapst setzte sich aus Konservationen und Zentrum zusammen.

Paris, 3. März. Mehrere Blätter sind aus Langer gemeldet, daß die Kolonne des Generalis Moirier am Dienstag früh in Ain Fuzer un erwartet von dem Jaer-Etam angegriffen wurde. General Moirier verwendete in dem Gefecht hauptsächlich die britischen Gummis des Schanzengiebes, welche die Angreifer nach heftigem Kampf in die Flucht schlugen. Die Jaer ließen zahlreiche Tote und Verwundete zurück. Die Gummis hatten zwei Tote und dreizehn Verwundete.

Teheran, 3. März. Kaufmännische Jidais befragen gestern hier beobachtet in das Parlament ein und verlangten Auszahlung ihres Soldes.

New-York, 3. März. Präsident Taft erstlich Proklamationen, die weiteren 36 Ländern und Kolonien die amerikanischen Minimalzölle einwärts, darunter auch sämtlichen deutschen Kolonien.

Hamburg, 3. März. Durch eine in der Gesandtschaft einer Gattinshaft zu Brodn erfolgte Explosion wurde das Haus stark beschädigt. Die Frau des Wirtes, zwei Kinder und ein Knecht erlitten schwere Verletzungen.

Jusschau, 3. März. Zwischen den Stationen Jusschau und Waldbrunn der Bremerbahn ist gestern nachmittag ein großer Felssturz niedergegangen.

New-York, 3. März. Von dem Passagierdampfer „Tagus“ von der Royal Mail Steamship Company ist ein drohtloses Telegramm eingetroffen, daß der Dampfer mit dem Schoner „Republik“ auf der Höhe der Harnegebirge auf der Küste von New-Jersey zusammengeknallt ist. Er habe 150 Passagiere an Bord und bitte um Hilfe.

Berliner Getreide- und Produktverkehre.

Berlin, 2. März.

Bei ruhigem Verkehr zeigte der Getreidemarkt ein mattes Aussehen. Die unglückliche Verfassung der amerikanischen und badenischen Böden ermöglichte Auslandsverkäufer und die Wapst in Roggen wickten für Weizen vornehmend. Roggen litt stark unter erneuten Preisangeboten bei nur kleiner Nachfrage. Hafer blühte bei Preisänderungen an eine halbe Mart ein. Mais war besapnet. In Müßel per Mai fanden größere Abgaben statt, während für Oktober Kaufkraft bestand. Wetter bedekt.

Wegener lot. ml. 224,00—225,00 Mart.
Roggen lot. ml. 168,00—169,50 Mart.
Hafer fein 172,00—180,00 Mart., do. mittel 166,00 bis 171,00 Mart.

Wegener m. s. l. ml. 00 brutto 27,25—30,25 Mart.
Roggen m. s. l. ml. 00 n. 1 19,25—21,80 Mart.
Gerste ml. lot. 140,00—147,00 Mart., do. feiner feiner Wapen und als Wapen 148,00—157,00 Mart., do. feiner feiner Wapen lot. 180,00—184,00 Mart.

Wegener l. s. ml. netto opt. Saat ab Wapen 11,50 bis 12,50 Mart., do. feiner netto opt. Saat ab Wapen 11,50 bis 12,50 Mart.

Möbelfabrik C. Hauptmann

HALLE a. S.,
Poststrasse 3 und
Kl. Ulrichstr. 36 a. u. b.

Wohnungseinrichtungen
und Brautausstattungen.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die in Merseburg liegenden, im Grundbuche von Merseburg Band XXX Blatt 1822, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Landwirts **Kurt Benemann** in Merseburg eingetragenen Grundstücke, nämlich:

- 1. Kartenblatt 6, Parzelle 489/806 Wohnhaus, Weisenfelder Str. Nr. 9, mit Hofraum in Größe von 13 a 80 qm und Kartenblatt 16, Parzelle 807/106 Hofraum in Größe von 90 qm mit einem jährlichen Nutzungswerte von 1246 Mart. Gebäudewerolle 1783.
- 2. Kartenblatt 6, Parzelle 576/577 vom Plan 270 a III Nr. 51 a 66 qm mit einem Grundsteuerertrage von 240 Talern

am 19. März 1910, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.

Merseburg, den 21. Januar 1910.

Rödtliches Amtsgericht.

Wohnung (Stube, Kammer, Küche) zum 1. April zu vermieten **Eisstraße 33. I.**

Parterre-Wohnung, 2 Stuben, 1 Schlafstube, Küche und Zubehör, zum 1. April oder später an ruhige Leute zu vermieten **Eisstraße 2 II.**

Schöne Wohnung mit Garten zum 1. April zu beziehen **Oleische Straße 78.**

Früdl. belle Wohnung an ruhige Leute zu vermieten u. 1. April bezugsfähig. Preis 180 M. Wo sagt die Exped. d. Bl.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche, sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen. Preis 260 Mart. **Gotthardtstraße 36, im Laden.**

Wohnungssuch.

Ältere Leute suchen 1. Juli St., K. u. und Zubeh. in ant. St. Nähe Post- oder Hallesche Str. bevorzugt. Off. m. Pr. unter **H V 55** an die Exped. d. Bl. erbitten.

Gut möbl. Zimmer

zu vermieten **Breite Straße 8** Im neuen Stadtwiertel, in der Nähe der Gauchsdorfer Straße gelegen, sind

mehrere Baustellen

im ganzen oder geteilt zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein schönes Gut,

176 Morgen groß, mit vollem leb. u. tot. Inventar nebst Vorzäten durch mich sof. zu verk. Auch wird Viehes Gut in Tausch genommen. Off. erb. an **Alb. Franke,** Werleburga, Umenstraße 29

Eine sehr gut erhalt. Krone (Auerbrenner) zu verkaufen **Grödenplan 9. III.**

Sechshebendes verzinntes Drahtgelenk in allen Maschinenweiten empfohlen billigst **Gehr Wiegand.**

Ein Kinderwagen

zu verkaufen **Friedrichstraße 11.** 1 Kinderstühle, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Matratze, 1 Tisch, 1 Sofa, Stühle zu verkaufen

Brenkerstraße 10. part. Unts.

Eine gut erhaltene Hängelampe und eine gr. Gesellschaftslampe sind billig zu verk. **Schneiderstraße 6.**

Ein fettes Schwein

steht zu verkaufen **Erbsnis Nr. 1.**

Ein fettes Schwein

steht zu verkaufen **Sand 12**

2 große Läuferfischweine

sind zu verkaufen **Bencken Nr. 1.**

Ein Paar Läuferfische zu verkaufen. An erbr. **Neumarkt 78 I**

4 Stück fetterer Saugfisch zu verkaufen **Börschen Nr. 55**

Ein älteres Arbeitspferd, gesund und fromm, steht zum Verkauf **Börschen Nr. 74.**

Ein sprungfähiger Bulle, passend zur Jagd, steht zu verkaufen **Börschen Nr. 16.**

10-12 junge Dämmer verkauft **A. Knoche,** Weisenfelder Str. 27.



Sie treffen den Nagel auf den Kopf, —

wenn Sie morgens und nachmittags Kathreiners Malzkaffee trinken. Denn Kathreiners Malzkaffee ist nicht schädlich, sondern jederzeit zuträglich, wohlschmeckend und billig. — Machen Sie also einen Versuch!

Merseburger Ruder-Gesellschaft.

E. V.

Monats-Versammlung

am Freitag den 4. März d. J. abends 8^{1/2} Uhr in der „Goldenen Gasse“ **Der Vorstand.**

MIGNON-SCHOKOLADE

KAKAO p. Pfund 120, 150, 200 u. 240 Pfg. **SCHOKOLADE** p. Tafel 20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.

Alleinige Fabrikanten: **David Söhne A.-G.** Halle a. S. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Markant vorzügliche Qualitäten.

Seit Jahrzehnten sind



ADLER für Herren, Damen und Kinder unübertroffen in Qualität und Ausführung.

Vertreter: **Gustav Schwendler,** Merseburg, Karlstraße.

MESSMER'S AUSGEWÄHLTE FEINE THEE-SORTEN

100g Pakete 055 Mk.-140 Mk. **C. L. Zimmermann,** Burgstraße 15.

Meine Sprechstunden finden

vom 2.-22. März Wochentags nur von 2-3, Sonntags von 1/10-11 Uhr statt.

Dr. Penkert, Halle a. S., Magdeburger Strasse 13 a. Tel. 3283.

Ein gut erhaltenes Gut, Sessel, Kopierpresse billig zu verkaufen; desgl. eine Partie lange Holzstäbe, zu Blumenfäden passend **Höhnerstraße 11.**

50 Stück gut fütternde Kanarienvogelchen, Garzer Voller, zu verkaufen. **R. Ebeling,** Sandstraße 6.

Geschälte Apfelsinen empfiehlt **C. Heidenreichs Ww.,** An der Gassef.

Geschälte Apfelsinen empfiehlt **Edm. Hickethier,** Neumarkt 46

Reiseförbe, eigenes Fabrikat. Fabrikpreis. **Otto Müller,** Johannisstraße 16.

Empfiehlt **fr. Rindertalg a Pfd. v. 35 Pf. an, Salzknochen a Pfd. 40 Pf. Baumann,** Gotthardtstraße 27.

Achtung! Empfiehlt frisches fettes junges **Metzfleisch** a Pfd. 35 Pfg. **W. Naundorf,** Liefer Keller.

Mastrindfleisch und Kalbfleisch a Pfund 60 und 65 Pf. empfiehlt **L. Nürnberger.**

Bezantworfliche Redaktion, Druck und Verlag von **L. Köhner** in Merseburg.

5500 not. begl. Zeugnisse v. Aerzten und Privatn beweisen, daß **Kaisers Brust-Karamellen** mit den drei Zaunen **Husten**

Geiserteit, Verschleimung, Katarrh, Krampf- u. Reizhusten am besten befeitigen. Patet 25 Pfg., Dose 50 Pfg. **Kaisers Brust-Extrakt** 60 Pfg. Best. feinschmeckend. Malz-Extrakt. Dafür Angebotenes weise zurück. Beides zu haben bei: **Otto Klasse** in Merseburg. **G. Höcker,** Reg. priv. Apotheker in Merseburg. **S. Emanuel,** Gotthardt-Drogerie in Merseburg. **A. Schaaf** in Merseburg. **Wilhelm Stielich,** Adler-Drog. in Merseburg. **Hans Götsch** in Merseburg. **E. Apelt** in Mühleln. **C. S. Hülf** in Naumburg. **Reinhold Schimpf** in Schafstedt. **Herm. Weniger,** Neumarkt-Drogerie in Merseburg.

Brikett! Marke **MW, AKW, Beuna, Zeitz, Sächs.-Thür.,** sowie **Presstorf** liefert jedes Quantum prompt **Carl Ulrich jun.** Fernsprecher 249.

Das natürlichste, aus der frischen Brennessel, nicht aus Wurzeln oder Extrakten hergestellte, altbewährte, überall eingeführte Gaumenschmelzer bei Schnupfen, Nasenausfall, **Kahlköpfigkeit** ist **Wendelsteiner Brennessel-Spiritus** Flasche Mk. 1,25 und 2,50. Schutzmarke „Wendelsteiner Ritzel“ und „Brennessel“. Zu haben in **Apotheken, Drogerien und Parfümerien, Central-Drogerie Leipzig, Kupper, W. Stielich, Oscar Leber, H. Rieck, S. Weniger, Neumarkt-Drog.**

Entzückend kostig art und dienendweih wird die Haut nach kurz. Gebrauch der allein echten **„Lilienmilchseife, „Süßlern“** von prächtullem Wohlgeruch von **Bergmann & Co., Berlin, 50 Pf.** pr. Stck. **Dom-Apothek, Stadt-Apothek, Frz. Birck, Seifenfabrik.**

Matulatur hält stets vorrätig und empfiehlt billigst **Verlag des „Merseburger Correspondent“.**

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
5seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
n. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeilen oder deren Raum für Merseburg und nähere
Umgebung 10 Pf., ferne Anzeigen 25 Pf., auswärts pro Zeile
20 Pf., im Restmonat 40 Pf. Bei komplizierteren Anzeigen
besonders für Zeitbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachweisungen und Offertenanfragen
besondere Vereinbarung, nach anwärtlich mit Vertretung. Erfüllungsort Merseburg.
Annahmestelle für größere Geschäfts-Anzeigen zur am Tage vorher. Ferne
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr. Fernmitteilungen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 53.

Freitag den 4. März 1910.

36. Jahrg.

Die Meinungen des Grafen Pofadowsky

über die innere Reichspolitik im „März“ sind die Maximalforderungen, wie man aus ihrer Presse erkennt, stark auf die Nerven gefallen. Nachdem die „Deutsche Tagesztg.“ bereits am Montag abend dem Grafen Pofadowsky einen ernsthaften Hüßel erteilt hatte, fährt die „Kreuzztg.“ jetzt noch gröberes Geschütz auf. Sie behauptet es lebhaft, daß sich Graf Pofadowsky für das „Organ der Simplissimus-Demokratie“ habe „einfinden“ lassen und fährt dann fort: „Und wenn es nur das wäre! Wenn Graf von Pofadowsky sich nur, wir nehmen an: unbeabsichtigt, zum Köder für dieses Blatt hergegeben hätte! Der Ausfall des früheren Stellvertreters des Reichskanzlers hat aber noch eine ganz andere, doch wohl kaum beabsichtigte Wirkung, nämlich die, dem jetzigen leitenden Staatsmanne Steine in den Weg zu legen, die demokratische, sozialdemokratische Opposition zu stärken, ja in Süddeutschland und selbst im Auslande gegen Herrn v. Bethmann Hollweg Stimmung zu machen.“

Hierauf zitiert die „Kreuzztg.“ einige Sätze aus dem Artikel und kritisiert sie folgendermaßen:

„Der Verfasser dieser felsamen Ausführungen wird aus ihrer Aufnahme in der Presse ersehen, daß er nur bei der alleruntergeordneten Opposition der „Preußenfreier“ und der Sozialdemokraten Zustimmung findet. Das ist für den früheren Minister und Staatssekretär geradezu vernichtende Kritik. Zugleich hat Graf Pofadowsky durch verschiedene in Vorstehendem aufgestellte schiefe Behauptungen und durch die Ausnutzung des wiederholt richtig gestellten Auspruchs des Abgeordneten v. Oldenburg bewiesen, daß ihm zur Beurteilung der jetzigen politischen Lage entweder das nötige zuverlässige Material oder der erforderliche objektive Blick fehlt.“

In einem weiteren Artikel stellt auch die „Deutsche Tageszeitung“ fest, daß die Ausführungen des „Herrn Grafen“ unerbittlich gegen den jetzigen Reichskanzler gerichtet sind und erteilt dem Grafen Pofadowsky nachdrücklich noch folgenden Zusätz:

„Als wir neuerzeit beim Rücktritt des Grafen von Pofadowsky bei aller aufrichtigen Anerkennung seiner ungewöhnlichen Verdienste bemerkten, daß dieser Rücktritt aus gewissen Gründen notwendig geworden sei, wurden wir vielfach auf der Unbanbarkeit gegen den Grafen geziehen. Auch einige wenige unserer Freunde waren mit uns nicht einverstanden. Sie glaubten, daß das Bestreben, die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage des Reiches auf den Grafen Pofadowsky zu verlagern, ein unüberwindliches Hindernis für die Beseitigung der gegenwärtigen Lage des Reiches darstellen würde. Sie glaubten, daß das Bestreben, die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige Lage des Reiches auf den Grafen Pofadowsky zu verlagern, ein unüberwindliches Hindernis für die Beseitigung der gegenwärtigen Lage des Reiches darstellen würde.“

„unüberwindliches Hindernis für die Beseitigung der gegenwärtigen Lage des Reiches darstellen würde.“

„unüberwindliches Hindernis für die Beseitigung der gegenwärtigen Lage des Reiches darstellen würde.“

deutsche Volk wollen wir nicht einschütern, sondern wachrufen. Der Bürgerstolz ist leider in weiten Schichten verloren gegangen. Auch die Angestellten haben ein Interesse, daß der erwerbstätigen Arbeit in Deutschland bessere Würdigung zuteil wird. Jeder Stand hat in der Verfolgung seiner Interessen eine Grenze, die Rücksicht auf das Gemeinwohl. (Lebh. Beifall.) Es geht nicht an, daß die amtlichen Vertretungen bis zu 8 Monaten auf Antwort warten lassen. Ich glaube, der Landwirtschaftsrat würde vielleicht einen Bescheid bekommen. (Gelehrtheit und Zustimmung.) Das ist ein Zeichen, daß man in unseren Verwaltungskreisen noch keine Ahnung hat, daß der Kaufmannzeit Zeit Geld ist. Das kaufmännische Prinzip, sofort zu antworten, muß auch in die Verwaltungskreise eindringen. Man muß einsehen lernen, daß wir nicht Antworten zu erbitten, sondern zu fordern haben. (Stürmischer Beifall.) Es heißt keine Differenzen mit anderen Ständen erwidern, wenn wir betonen, es sei notwendig, daß der deutsche Kaufmann eine andere Stelle einnimmt als bisher, daß ihm die Stellung eingeräumt wird, die seiner wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. (Lebh. Beifall.) Wir wollen nicht, daß es bevorzugte Stände gibt, sondern wir verlangen, daß jede ehrliche Arbeit auch den höchsten Platz einnehmen kann. (Lebh. Beifall.) Sodann sagte er: „Wenn die Parteien, die den Hanja-Bund von vornherein bekämpfen, nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Taten die Gleichberechtigung aller Erwerbstätigen durchzuführen wollen, dann müssen sie doch abwarten, was wir leisten werden. Wir sind kein politischer Verein und lassen uns von keiner Verwaltungsbehörde dekretieren, etwas zu sein, was wir nicht sein wollen. Wir werden bei den Wahlen unsere wirtschaftlichen Ziele verfolgen und die Parteien, deren Aufgabe es ist, die Wahlen zu machen, wenn sie unsere Richtlinien anerkennen, unterstützen bei der Aufstellung und Durchführung der Kandidaten.“

Hierauf sprach der Direktor des Bundes Oberbürgermeister a. D. Knobloch über: „Die Vertretung von Handel, Gewerbe und Industrie in den Parlamenten und Selbstverwaltungsorganen Deutschlands.“ Die Statistik zeige, wie unzulänglich die Vertretung der erwerbstätigen Stände durch Angehörige aus ihren Reihen sei. Im preussischen Herrenhause seien von 325 Mitgliedern 9 Vertreter von Handel und Industrie, also 2,8 Proz., im preussischen Abgeordnetenhaus 43 Vertreter oder 10 Proz. In der bayerischen Ersten Kammer seien sie gar nicht vertreten, in der Zweiten Kammer mit 29 von 163 gleich 17,8 Proz., in Württemberg in der Ersten Kammer 2, in der Zweiten Kammer 16 von 63 gleich 27 Proz. Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Sachsen, wo in der Ersten Kammer 5 von 49, in der Zweiten Kammer 30 von 91 gleich 37,7 Proz. Vertreter von Handel und Industrie sind. Es sei allerdings richtig, daß eine Anzahl Parteien, in denen diese Vertreter zerstreut vorhanden sind, auch die Interessen der bürgerlichen Stände wahrnehmen. Aber man müsse sich doch fragen, weshalb die Arbeiter und die Landwirte in Massen ihre eigenen Vertreter wählen. Das geschehe in der Erkenntnis, daß diese am besten wissen, wo sie der Schutz drückt. Auch hier müsse Wandel geschaffen werden. Redner bespricht dann eingehend die Verhältnisse in den Kreis- und Kommunalvertretungen, in denen im Gegensatz zur Landwirtschaft Industrie und Gewerbe auch keine ausreichende Vertretung haben.

Im Anschluß an diese Ausführungen, über die eine Diskussion nicht stattfand, bemerkte Geheimrat Rieker noch: Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte am vorigen Montag ist besonders hervorgehoben worden, daß der Bund im letzten Jahre 3000 Mitglieder neu gewonnen habe. Wir sind in der Lage darauf hinzuweisen, daß der Hanja-Bund in den letzten Tagen eine große Anzahl neuer Mitglieder gewonnen hat, an einem Tage nicht weniger als 1300. (Stürm. Beifall.)

Sodann sprach Direktor Knobloch über: Mittelstandsfragen und Hanja-Bund. Er hob

hervor, daß die deutsche Gesetzgebung, namentlich die Zoll- und Handelspolitik, geradezu hypothetisch auf die Interessen der agrarischen Kreise zugeschnitten sei. Am schwersten habe das die Fertigwarendeckung auf eigenen Leibe erfahren müssen. Die Gesetzgebung habe nicht zur Förderung des bürgerlichen Erwerbslebens, sondern zu dessen Hemmung geführt. Darunter leiden natürlich am schwersten die Mittelschichten. Es sei unwaßr, daß die Wirtschaftspolitik, die der Bund der Landwirte verstanden hat zurückzuführen, eine mittelstandsfreundliche sei. (Lebhaft. Zustimmung.) Es sei nun daran erinnert, wie viel Erfahrungen zugrunde gehen durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen (Sehr wahr!), weiter, wie Staats- und Kommunalsteuern, Lebensmittelpreiserhöhung und damit in Verbindung die Erhöhung der Löhne die wirtschaftliche Existenz des Mittelstandes bedrohen und zerbrücken. Und wohin hat die Zoll- und Handelspolitik die Geschäftsaussichten des Mittelstandes geführt? In meiner früheren Stellung hatte ich Gelegenheit, interessante Beobachtungen zu machen. Was werden heute die Söhne des Mittelstandes? Sie werden Lehrer, Beamte, Soldaten, aber selten denken sie daran, ein kleines Geschäft zu begründen. (Lebhaft. Zustimmung.) Es war daher ein sehr wichtiger Beschluß des Hanja-Bundes, daß er die Förderung dieser Kreise in den Vordergrund seiner Aufgabe stellte, und ich weise darauf hin, daß in dem Gesamtschluß 55 Detaillisten und 75 Handwerker sind. Der Vortragende besprach dann weiter die einzelnen Maßnahmen, die der Hanja-Bund zum Besten des Mittelstandes und Kleingewerbes ergriffen hat. Er wies auf die Beseitigung der Buchforderungen, die Bemühungen und Neuregelung des Submissionswesens hin, plädierte für Einschränkung der Beamten Konsumvereine und betonte, daß es überhaupt viele Fragen des öffentlichen Lebens gibt, in denen die Angehörigen des Hanja-Bundes gemeinsam arbeiten können und bei denen die Parteilichkeit zurücktreten muß.

Nunmehr hielt der zweite Präsident des Bundes, des Hanja-Bundes, Ehrenobermeister Richtig-Beim, die Schlussrede. Als Mittelstandsmann und Vertreter des Handwerks mußte er Protest erheben, daß man von gegnerischer Seite dem Handwerk nachsage, daß es sich im Hanja-Bund nur als Dekorationsstück benutzen lasse. Diese niedrige Einschätzung des Handwerkerstandes müsse mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Wer das tue, kenne nicht den deutschen Handwerker. (Stürmischer Beifall.) Der Hanja-Bund wolle eine Annäherung der drei Erwerbsstände auf einer Mittellinie sein und er habe pflichtgemäß bereits nach dieser Richtung hin gearbeitet. Redner schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den Hanja-Bund.

Stadttrat Höflich-Karlzweide reate an, als Gegenstück zur Generalversammlung des Bundes der Landwirte einen Hanjatag einzuberufen. Er sei überzeugt, daß der Hanja-Bund nicht nur den Zirkus Busch, sondern auch den Zirkus Schumann füllen werde. Vom Bund der Landwirte müssen wir lernen, daß es notwendig ist, zu schreiben, um gehört zu werden. Und wenn wir unter einem so bewährten Führer wie Geheimrat Rieker tagen, so wird das einen gewaltigen Eindruck in der Öffentlichkeit machen. (Lebhaft. Zustimmung.) — Geheimrat Rieker erklärte, daß man die Frage der Abhaltung eines Hanjatages, die schon in Lübeck angeregt worden sei, zu gegebener Zeit in Erwägung ziehen werde. — Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Zu der Erhöhung des französischen Zolltarifs

Schreibt man: Wenn auch die Kommission des Senats, der der Entwurf gegenwärtig vorliegt, einige nicht unwesentliche Herabsetzungen bei der Deputiertenkammer vorgemerkten Zollherabsetzungen beschlossen hat, so sind doch damit bei weitem nicht die Sorgen beseitigt, die sich für unsere Industrie an die französische Zollrevision knüpfen. Denn einmal geht der Entwurf nochmals an die Deputiertenkammer zurück, deren schützollnerische Mehrheit ohne Rücksicht auf

